

Willy Brandt

„Godesberg gilt: Die SPD ist und bleibt die fortschrittliche Volkspartei, die sich im Alltag bewährt und eine Zukunft vorbereiten hilft, vor der sich die Menschen nicht zu fürchten brauchen.“

„Wir orientieren unser politisches Handeln – heute wie gestern und morgen wie heute – an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und machen sie zum Maßstab der praktischen Politik.“



Herbert Wehner

„Als Volkspartei im Sinne der sozialdemokratischen Grundtatsache unterscheidet sich die SPD von den anderen Parteien vor allem durch die Auffassung der Partei über den Staat. Die SPD versteht den Staat als ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD versteht den Staat als ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD versteht den Staat als ein Instrument der sozialen Gerechtigkeit.“

Theorie und Grundwerte

Zum Auftrag des Godesberger Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

lediglich verwalten und die Macht derjenigen, die schon über die große wirtschaftliche Macht verfügen, noch durch den Staat legitimieren wollen. Zugleich ist aber die Staatsauffassung der Sozialdemokratie klar abgegrenzt gegenüber anderen, die den Staat zum Alles-Verwalter und Alles-Lenker machen möchten.“



Dr. Leopold Gratz

„Das allein Programm über Zeit und geographische Grenzen hinweg Verbindende sehe ich so: Die sozialdemokratische Bewegung ist weder ein theoretischer Diskutierklub,

noch einfach eine organisierte Personengruppe. Die sozialdemokratische Bewegung ist und bleibt die Verbindung der großen, demokratisch-humanitären Idee unseres Jahrhunderts mit Zehntausenden, Hunderttausenden, ja Millionen Menschen, die diese Idee zu ihrer Überzeugung, ja zum Leitmotiv ihres Handelns gemacht haben.“



Henri Fayat

„Das Bad Godesberger Programm hat Ihrer Partei, in der Tat, einen überwiegenden Einfluß in der Politik Ihres Landes besorgt und tatsächlich dazu beigetragen, die Demokratie in der Bundesrepublik zu festigen.“

„Was hier vor 15 Jahren beschlossen wurde, ist aber viel mehr als nur ein nützliches politisches Dokument.“

„Das Grundsatzprogramm entspricht den tiefsten Wünschen aller Sozialisten für eine neue Gesellschaft in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.“

„Eine Gesellschaft, wo alle Menschen frei von Not und Furcht in Menschenwürde leben können, eine Gesellschaft geformt von freien Menschen für die Sicherung des allgemeinen Wohstandes.“

**Theorie
und
Grundwerte**

**Zum Auftrag
des Godesberger
Grundsatz-
programms
der Sozial-
demokratischen
Partei
Deutschlands**

Inhalt

Godesberg geht es um die menschliche Gestaltung der Gesellschaft

Willy Brandt

3

Godesberg kennzeichnet den Aufbruch der Sozialdemokratie

Herbert Wehner

19

Gedanken zur Aktualität des Godesberger Programms

Dr. Leopold Gratz

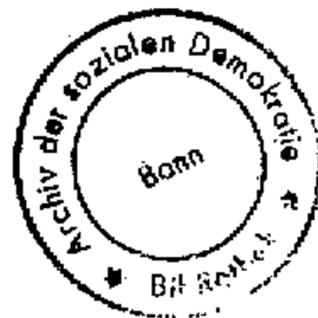
Bürgermeister der Stadt Wien

29

Ein Programm für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden

Henri Fayat

35



C78 774

Godesberg geht es um die menschliche Gestaltung der Gesellschaft

Willy Brandt

I. „Godesberg gilt: Die SPD ist und bleibt die fortschrittliche Volkspartei.“

Die deutsche Sozialdemokratie ist eine kampferprobte Partei, die in ihrer langen Geschichte viele Erfahrungen mit ihren Gegnern, aber auch mit eigenen Unzulänglichkeiten gesammelt hat. Wir sind mit weitaus größeren Schwierigkeiten fertig geworden, als sie uns in diesen Monaten begegnen.

Uns ist gewiß nicht nach Rückzug zumute. Und wenn wir uns auf neue Erfolge vorbereiten, so tun wir das als eine Partei, die sagen kann: die Zielsetzungen stimmen, der Kompaß ist richtig eingestellt. Godesberg gilt: Die SPD ist und bleibt die fortschrittliche Volkspartei, die sich im Alltag bewährt und eine Zukunft vorbereiten hilft, vor der sich die Menschen nicht zu fürchten brauchen.

Wir orientieren unser politisches Handeln — heute wie gestern und morgen wie heute — an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität und machen sie zum Maßstab der praktischen Politik.

Wir stehen zu diesem Staat, dessen Verfassung und Aufbau wir wesentlich mitgestaltet haben. Was uns von anderen unterscheidet, ist dies: Gegen viel Unvernunft und Widerstand streiten wir für umfassende politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie. Und damit zugleich für einen Staat, in dem die kulturellen Werte groß geschrieben werden.

An diesem Tag und von dieser Stelle aus erinnere ich jeden einzelnen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik

Deutschland und die Millionen unserer Freunde und Wähler daran: Godesberg bedeutet die Absage an jeden Dogmatismus; die Verständigung auf Grundwerte, auf Grundforderungen; eine praktische Politik, die von den Tatsachen ausgeht und die grundsätzlichen Orientierungen nicht aus dem Auge verliert.

Es bedeutet Entschlußkraft und Mut zum steten Neubeginn. Es bedeutet geistige Orientierung über die Alltagsfragen hinaus. Godesberg — das bedeutet auch den Aufstieg und den politischen Erfolg unserer Partei in den letzten anderthalb Jahrzehnten.

Wir haben uns den Weg nach Godesberg nicht einfach gemacht. Dieser Weg war alles andere als das, was man uns spöttelnd andichten wollte, nämlich, als ob wir zur taktierenden „Allerweltpartei“ geworden wären. Nein, das Godesberger Programm trennt uns ganz und gar nicht von den großen Aufgaben und Zielen der deutschen Arbeiterbewegung. Im Gegenteil: Es formuliert dieser Zeit gemäß den überkommenen und übernommenen Auftrag. Es hat uns im Kampf für eine freierlichere, gerechtere, solidarischere Gesellschaft gestärkt.

Und: Dieses Programm führte die Sozialdemokratie in die Regierung. Wir können stolz sein auf das, was wir — seit 1969 im Bündnis mit unserem freidemokratischen Partner — nach außen und im Inneren Schritt für Schritt haben durchsetzen können.

Das Godesberger Programm — das nicht zur Disposition steht, sondern die

verbindliche Grundlage unseres Handelns bleibt — hat die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß sich die SPD auch unter veränderten Bedingungen und angesichts schwergewichtiger neuer Probleme als einheitlich wirkende Reformpartei behaupten wird.

Unser Programm grenzt die deutsche Sozialdemokratie deutlich ab gegen kommunistische Ideologien und überhaupt den Ausschließlichkeitsanspruch solcher, die meinen, sie hätten einen unfehlbaren Weg und eine nicht widerlegbare Antwort für alles und ein für allemal gefunden.

Für die Mitarbeit in unserer Partei ist nicht die geistig-religiöse Herkunft entscheidend. Auch nicht welche ehrenhaften Motive den einzelnen in die SPD führen. Worauf es ankommt, ist die Bereitschaft, gestützt auf gemeinsame Grundwerte, die Politik unserer Gesinnungsgemeinschaft mitzuprägen und mitzutragen.

Den Bürgern unseres Landes gegenüber bewies und beweist das Godesberger Programm: als die historische Partei der deutschen Arbeiter, Angestellten, Beamten und der geistig Schaffenden ist und bleibt die SPD eine Partei, der es nicht um die engstirnige Interessenvertretung einer Gruppe geht, sondern um die menschliche Gestaltung der gesamten Gesellschaft.

Deshalb auch diese Unterstreichung und Bestätigung: wenn sich die SPD als die Partei der breiten arbeitenden Schichten versteht, so sind darin die Selbständigen im Handel, im Handwerk, in der kleinen und mittleren Industrie, in der Landwirtschaft

und in den freien Berufen ausdrücklich eingeschlossen.

Durch das für alle Mitglieder der SPD verbindliche Grundsatzprogramm sollen die Bürger wissen, worauf sie sich verlassen können, wenn sie sich den Sozialdemokraten anvertrauen. Daran einen Zweifel aufkommen zu lassen, wäre für unsere Partei in der Tat lebensgefährlich. Theoretische Auseinandersetzungen sind notwendig; sie dürfen aber nicht zur Spielwiese immer neuer Varianten von Vorstellungen werden, die längst widerlegt und durch das Godesberger Programm nach reiflicher Prüfung abgelegt wurden.

Die deutschen Sozialdemokraten haben die Verflechtung in internationale Zusammenhänge, sie haben die komplizierte Wirklichkeit unserer technisch-industriellen Zivilisation sachgerechter beurteilt und darum realistischer beantwortet als die rückwärts gewandten Kräfte unseres Landes. Und weil in den zurückliegenden Jahren zielstrebig vorgesorgt wurde, stehen wir heute im internationalen Vergleich sozial und sozialökonomisch an der Spitze — vor fast allen anderen vergleichbaren Industriestaaten. Und darum sind wir auch — das sollte auch in diesem Zusammenhang nicht unausgesprochen bleiben — mit den Folgen der weltwirtschaftlichen Strukturkrise bisher wesentlich besser fertig geworden als die meisten anderen Länder. Wir werden auch in Zukunft damit fertig werden können. Und danach werden wir erneut jene ökonomische Leistungsfähigkeit wieder erreichen, die auch solche Reformen erneut ermöglichen wird, die Geld kosten.

Dabei kann es uns nicht überraschen, daß sich der Widerstand gegen unsere Politik um so rücksichtsloser formiert, je entschiedener wir zugunsten der Schwächeren intervenieren und vor den Privilegien der Stärkeren nicht Halt machen. Wir haben die Pflicht, die Grundwerte des demokratischen Sozialismus — Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — in praktische Politik umzusetzen.

Aus diesen Grundwerten — und aus den nicht weniger gewichtigen Grundforderungen unseres Programms — haben wir die Kraft geschöpft, unsere Politik der aktiven Friedenssicherung zu entwickeln, auf die kritischen Fragen aus den Reihen der jungen Generation einzugehen, uns für mehr Demokratie einzusetzen, notwendige Reformen auf den Weg zu bringen.

Auf jedem Weg nach vorn stößt man auf Hindernisse. Aber ich frage selbstkritisch: Liegt die tiefere Ursache mancher unserer Schwierigkeiten nicht darin, daß wir unseren Auftrag zum wertbezogenen politischen Kampf manchmal hintangestellt oder ihn doch zu wenig deutlich gemacht haben? Inhumane Begleiterscheinungen der Leistungsgesellschaft, vor allem aber die tiefgreifenden Strukturwandlungen der Weltwirtschaft, die nicht nur Unsicherheiten, sondern auch Umbrüche bei uns im Lande zur Folge haben, werden nicht dadurch gelöst, daß man die programmatische Orientierung beiseite läßt. Sie werden nur durch eine vorausschauende Politik auf dem Boden jener Grundwerte gelöst werden können, die wir aus den historischen Erfahrungen des Kampfes um Frieden, Freiheit und soziale Demokratie gewonnen

haben: im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, im Kampf gegen die Diktaturen unterschiedlicher Färbung, aber vor allem auch angesichts der Herausforderungen, die die technisch-industrielle Revolution dieser Zeit an uns stellt.

Ich bleibe bei dem, was ich auf einem unserer Parteitage so formulierte: Wir wollen nicht — wie unsere Väter oder Großväter nach 1918 — nur recht behalten, sondern wir müssen alles tun, um das als richtig Erkannte auch durchzusetzen.

II. „Man kann nicht mit kleinen Manövern und Schlaubeiten die Gesellschaft ändern. Man muß begeistert sein, um große Taten zu vollbringen.“

Als Vorsitzender der „Langzeitkommission“ hat Helmut Schmidt auf dem außerordentlichen Parteitag 1971 gesagt: „Regierungspolitik kann schon lange nicht mehr von der Hand in den Mund leben, sie kann nicht ad hoc reagieren, sie kann nicht ‚middle-through‘ betreiben, sondern sie muß sich wissenschaftlicher Analyse und, so weit das geht, auch wissenschaftlich fundierter Vorschau bedienen. Sie muß das Gelände kennen, in dem sie handeln will.“

Dies liegt auf der Linie dessen, was Kurt Schumacher schon auf unserem ersten Nachkriegsparteitag in Hannover im Mai 1946 in diese Worte kleidete: „Es gibt kein Primat der Taktik. Man kann nicht mit kleinen Manövern und Schlaubeiten die Gesellschaft ändern.“ Er fügte hinzu: „Man muß begeistert sein, um große Taten zu vollbringen.“

Wir Sozialdemokraten haben immer versucht, uns über kurzfristige Handlungsanweisungen hinaus auch über die jeweilige geschichtliche Situation und die Aufgaben und Wege für eine mittlere und längere Frist zu verständigen. Man darf aber die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht mit einem Debattierclub verwechseln. Sie ist eine von gemeinsamen Grundsätzen getragene Gesinnungs- und Aktionsgemeinschaft, die unsere Gesellschaft schrittweise und konkret verändern will: gegen den massiven Widerstand von Bevorrechtigten und ihrer Hilfstruppen, und möglichst auch im Bündnis mit jenen aus den breiten Schichten, die der Sozialdemokratie noch ablehnend gegenüberstehen, weil ihnen ihre tatsächliche Interessenlage nicht bewußt ist.

Hier hilft nur geduldige Überzeugungsarbeit. Wir wissen seit den Anfängen der Arbeiterbewegung, daß theoretische Einsichten nutzlos sind, wenn sie nicht aus den praktischen Erfahrungen der Menschen kommen und wieder in neue erfahrbare Politik einmünden. Mit einem Sozialismus der Studierstuben allein kann man die Menschen ebenso wenig für unsere Ziele gewinnen wie mit dem kalten Dünkel von Experten oder Technokraten.

Die Antwort auf die Schwierigkeiten dieser Jahre kann also nicht sein, das Godesberger Programm, seine Grundwerte und Grundforderungen unter dem Stichwort „Allgemeines“ abzuheften und es sorgfältig zu archivieren, damit es in besseren Zeiten wieder greifbar ist. Im Gegenteil: das Godesberger Programm hat sich gerade jetzt und in den vor uns liegenden Jahren zu bewähren.

Nur durch praktisches und festes Engagement für die Freiheit sichern wir unsere politische Demokratie vor den Aushöhlungen durch mächtige, oft anonyme Gruppen.

Nur durch praktisches und festes Engagement für die Gerechtigkeit in der Verteilung vielfältiger Belastungen erhalten und entwickeln wir die Zustimmung unserer Bürger.

Nur durch praktische und feste Solidarität verhindern wir einen Interessenkampf aller gegen alle, der schließlich nur neue Krisen schaffen würde.

Gerade Zeiten des Umbruchs verlangen nach geistiger Führung. Diese Aufgabe ist unserer Partei als Ganzes gestellt. Es darf kein geistiges Vakuum entstehen. Orientierungslosigkeit der Bürger führt zur Ratlosigkeit — und Ratlosigkeit ist der Boden, auf dem Angst gedeiht.

Dagegen setzen wir offensiv die Grundwerte und Grundforderungen, die uns klar von anderen Parteien unterscheiden. Und wir ergänzen sie durch Einzelaussagen, die unsere konkrete Antwort auf die Probleme der Gegenwart und der absehbaren Zukunft darstellen.

Zu Anfang 1975 werden uns — zusätzlich zur laufenden Arbeit in Partei, Parlament und Regierung — drei Vorhaben beschäftigen:

Einmal werden wir einen Arbeitsplan für die Partei vorlegen, der sich auf die Aufgaben bis 1976 konzentriert und die

Lehren aus den für uns enttäuschenden Wahlergebnissen dieses Jahres ziehen wird.

Zum anderen werden wir über den neuen Entwurf dessen beraten, was wir den „Orientierungsrahmen '85“ nennen und was — gestützt auf Godesberg — unsere Politik über eine Legislaturperiode des Bundestages hinaus präzisieren wird.

Und wir werden uns große Mühe geben, die Parteiorganisation selbst zu überholen und zu modernisieren.

III. „Wer von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur redet, sondern zum Maßstab seines Handelns macht, muß den Blick nach vorn richten — nie nach hinten oder allein auf das Bestehende.“

Ich halte es nicht für einen Zufall, daß die Grundsatzkommission der CDU inzwischen unsere Grundwerte — Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — zumindest verbal anerkennt und sogar für die Union in Anspruch nimmt. Wir sollten uns zunächst einmal darüber freuen, daß andere uns zumindest den Worten nach dort angekommen sind, wo wir mit unserer Grundwertediskussion bereits vor 15 Jahren angekommen waren. Mit verbaler Übereinstimmung ist jedoch noch nicht viel gewonnen.

Da den Christdemokraten die Zukunft nur zu selten in den Blick gerät, bedeutet es für sie eine große Anstrengung, sich offenen Auges der Gegenwart zu stellen. Doch: sind sie endlich in ihr angekommen, beginnt das immer gleiche

Spiel: sie verteidigen das bestehende leidenschaftlich, jenen Zustand also, den sie, als er noch Zukunft war, mit allen Mitteln zu verhindern trachteten. Ich meine: wer von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht nur redet, sondern sie zum Maßstab seines Handelns macht, muß den Blick nach vorn richten — nie nach hinten oder allein auf das Bestehende.

In den letzten Monaten wird viel von einem angeblich konservativen Stimmungsumschwung in unserer Bevölkerung gesprochen. Ich halte dies für eine Übertreibung. Gewiß ist richtig: die Bürger unseres Landes wissen, daß es lohnt, Vorhandenes nicht aufs Spiel zu setzen, Bewahrenswertes zu bewahren. Wir Sozialdemokraten denken nicht anders und wissen das Erreichte zu schätzen. Nur: schon um das bisher Erreichte zu sichern, bedarf es großer reformerischer Anstrengungen. Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muß verändern, was der Erneuerung bedarf. Er muß also zur Erneuerung bereit sein. Genau das und nichts anderes ist die Haltung der deutschen Sozialdemokraten.

Ich erinnere daran: es waren Sozialdemokraten, die schon vor Jahren darauf hinwiesen, daß die zügellose Vergötzung des Wachstums, die Anbetung der immer und immer höher steigenden materiellen Quantitäten nur zu bald zu einem Kollaps der industrialisierten Staaten und Gesellschaften führen könne: Weil die Güter der Erde nicht beliebig vermehrbar und die Rohstoffe nicht unerschöpflich sind, auf die sich unsere Zivilisation stützt. Der Fortschritt einer Gesellschaft müsse darum nicht allein in materiellen, sondern mehr und mehr an

einer Vielzahl von sozialen Indikatoren gemessen werden, die in ihrer Summe die Qualität des Lebens der Bürger bestimmen.

Der mildeste Angriff gegen diese Denkanstöße lautet 1972: nun hätte sich die SPD etwas besonders Trickreiches einfallen lassen, um unsere Gesellschaft aus den Angeln zu heben. Nun, die Energiekrise hat den sozialdemokratischen Überlegungen zu bestürzender Dringlichkeit verholfen. Die in der CDU und CSU versammelte politische Rückwärtsgewandtheit hat sich dagegen zu diesen Themen ernsthaft bis heute immer noch nicht geäußert. Man zögert dort, an eine offene Bestandsaufnahme der Probleme auch nur heranzugehen.

Im Gegenteil: Versuche, wie wir Sozialdemokraten sie mit der Arbeit an einem Orientierungsrahmen unternommen haben und unternehmen, werden in bewährter Manier verdächtigt und verunglimpft. Das macht schon immer das Wesen des politischen Konservatismus in Deutschland aus: Er findet nur über die verzerrende Zeichnung eines Feindbildes zusammen, und mangels eigener Konzepte verteuft er die soziale Demokratie und die sie entscheidend tragende politische Partei.

Diese unsere Partei muß

Erstens: ihre geistige Führungsposition im Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland wieder deutlicher machen, und zwar in der Sprache des Godesberger Programms.

Sie muß — zweitens — den mancherorts vorhandenen Hang zur Selbstgefälligkeit und Selbstgenügsamkeit ablegen: Es gilt, an sich selber, und zwar vor Ort, zu arbeiten

und jene Probleme zu erkennen und einer Lösung zuzuführen, die unsere Bürger wirklich bewegen.

Sie muß — drittens — ihren hohen moralischen Anspruch in der Politik — der das Gegenteil von Heuchelei ist — durch das Handeln und Verhalten ihrer Mitglieder, vor allem ihrer Vertrauensleute, glaubwürdig beweisen.

Sie muß sich — viertens — der in ihrer Organisation liegenden Kraft wieder stärker bewußt werden; sie muß wieder dafür sorgen, daß mit Mehrheit gefaßte Beschlüsse in der Öffentlichkeit geschlossen vertreten werden.

Fünftens: Wo es einzelne gibt — und das kann immer wieder der Fall sein, die sich weder an das politische Programm noch an die Statuten unserer Partei halten, da muß man sich von ihnen trennen.

Wir haben — wer könnte das verkennen — mit der neuen Spielart des Konservatismus zu tun. Sie kann uns nicht schrecken, auch sie werden wir hinter uns lassen. Voraussetzung dafür ist: wir müssen wieder in die Offensive gehen und scharf herausarbeiten, wo Freiheit, wo Gerechtigkeit, wo Solidarität in unserer Gesellschaft gefährdet oder noch nicht verwirklicht sind.

IV. „Freiheit ohne Gleichheit der Lebenschancen verkümmert allzu leicht zum Privilegienschutz.“

Wenn wir Sozialdemokraten uns auf Freiheit als Grundwert unseres Programms berufen, dann in voller Übereinstimmung

mit dem Grundgesetz, aber mit der konkreten Ausformung, daß Demokratie „die allgemeine Staats- und Lebensordnung“ werden muß, weil — wie es in unserem Programm heißt — „sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist“.

Das Freiheitsverständnis der Konservativen ist sehr viel enger. Für sie gilt das sozialstaatlich verstandene Prinzip der mitbürgerlichen Gleichheit als Einschränkung individueller Freiheit. Freiheit ohne Gleichheit der Lebenschancen verkümmert jedoch allzu leicht zum Privilegienschutz. Dagegen stellen wir den Freiheitsbegriff des demokratischen Sozialismus. Hier steht Freiheit als Ergebnis gesellschaftlicher Leistung.

Das ist wesentlich mehr als nur „rechtsstaatliche Bindung von Macht zum Schutz des einzelnen“. Es ist die bewußte Gestaltung der Gesellschaft. Sie schafft für den einzelnen die Voraussetzung, in ihr und durch sie die eigene Persönlichkeit zu entfalten. Erst in der Verbindung von Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaat wird Freiheit lebendig.

Die Entscheidung des Godesberger Programms gegen ein Freiheitsverständnis, das nur Vorrechte schützen will, bezieht sich historisch auf die Anfänge und den Weg der deutschen Arbeiterbewegung. Sie verarbeitet aber auch die Erfahrungen der Weimarer Republik. Dort zerstörte die Spannung zwischen der freiheitlichen Rechtsordnung, wie sie die Verfassung beschrieb, und einer weitgehend aus dem Kaiserreich übernommenen Gesellschaftsverfassung die demokratische Ordnung — und die Freiheit blieb auf der Strecke.

Weimar lehrte uns auch: Ohne soziale Sicherheit gibt es keine stabile Freiheit. Dies gilt vor allem für die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Daher hat Vollbeschäftigung einen hohen Rang, wo es um die Grundlinie der Wirtschaftspolitik geht. Wir sind es den Arbeitnehmern schuldig, klar zu sagen, wo die weltwirtschaftlichen Gründe für zeitweilige Arbeitslosigkeit liegen, und was wir konkret dagegen zu tun bemüht und in der Lage sind. Auch bei vorübergehenden, durch weltwirtschaftliche Umwälzungen bedingten Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gilt unverändert: Für Sozialdemokraten kann es keine „Reprivatisierung“ des Beschäftigungsrisikos geben.

Konkrete Freiheit geht aber über die staatsbürgerliche Gleichstellung und natürlich auch über Sicherung der Arbeitsplätze hinaus. Demokratie darf nicht vor den Werkstoren haltmachen. Für Freiheit gibt es keine Aussperrung. Das Thema der Mitbestimmung ist auf dem Tisch, und es muß einen konkreten Schritt vorangebracht werden.

Wir Sozialdemokraten streiten für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Freiheit in gesellschaftlicher Verantwortung wird erst durch Gerechtigkeit erfahrbar.

Wir sprechen von Gerechtigkeit, wenn wir die Gleichheit vor dem Gesetz fordern. Es ist jedoch ein Gebot der Gerechtigkeit, endlich auch die Gleichheit der Entlohnung gleichwertiger Arbeit durchzusetzen. Wir engagieren uns für die Gleichheit der Chancen in der Berufsausbildung. Die Gleichbehandlung von Versorgungsansprüchen im Alltag wird Schritt für

Schritt ebenso verwirklicht wie die steuerliche Gleichbehandlung oder die Gleichheit bei der medizinischen Versorgung.

Wenn wir von jeher für mehr Gerechtigkeit streiten, so kennen wir die Fehldeutungen, Illusionen und Widerstände, die sich mit dem Begriff der Gerechtigkeit verbinden oder gegen ihn verbündet haben. Wir wissen, daß wir heute manchen allein deshalb zum Gegner haben, weil wir für ihn — früher und wirksamer, als es für andere möglich war — tatsächlich mehr Gerechtigkeit geschaffen haben, die er nun als Vorrecht mißversteht und argwöhnisch bewacht.

Mancher „Aufsteiger“ hat vergessen, daß seine Bildungschancen auf sozialdemokratische Initiativen zurückgehen. Mancher Selbständiger oder Landwirt übersieht oder unterschätzt unsere Bemühungen, ihn und seine Berufskollegen in das System der sozialen Sicherung einzubeziehen. Trotzdem lassen wir uns von diesem Weg nicht abbringen. Und wir lassen es nicht zu, daß eine Politik, die Ungerechtigkeit konkret abbaut, in neokonservativen oder linksradikalen Wortnebeln zerredet wird.

Unsere Vorstellungen beschränken sich nicht auf die Gleichheit der Startchancen, damit alles andere um so ungehemmter unter das Beutewort „Jeder ist seines Glückes Schmied“ gestellt werden kann. Der Grundwert der Gerechtigkeit zielt nicht auf Gleichmacherei, aber auf Gleichheit, wo immer sie verwirklicht werden kann: auf das erreichbare Maß an Gleichheit der Lebenschancen.

Wir Sozialdemokraten lassen uns nicht einreden, so sei es nun mal auf dieser Welt, und alles hätte einen tiefen Sinn in einer unerforschbaren Ordnung. Wir können es auch nicht zulassen, daß die Ungleichheit der Lebenschancen durch eine raffiniert zurechtgebastelte Leistungsideologie verkleistert wird, die im Grunde eine Erfolgsideologie ist. Auch Leistung, über deren Notwendigkeit ernsthaft nicht gestritten werden kann, darf nicht vom Grundwert der Gerechtigkeit getrennt werden.

Wo der Mensch die Kraft hat — und ich sage: er hat davon sehr viel — Ungleichheiten, unter denen seine Mitmenschen leiden, zu mindern, da hat er seine Pflicht zu tun — ganz gleich, ob nun die anderen sich in ihr ungerechtes Los irgendwie ergeben haben oder nicht.

V. „Solidarität ist die Waffe des Schwachen im Kampf für Gerechtigkeit.“

Sozialdemokraten bekennen sich zur Solidarität in unserer Gesellschaft. Sie treten dafür ein, daß die gesellschaftliche Entwicklung durch den Solidaritätsgedanken geprägt wird.

Die Erfolge der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie sind Erfolge dieser Solidarität, dieses Gemeinschaftsdenkens. Viele Rückschläge und Niederlagen sind mangelndem Solidaritätsbewußtsein zuzurechnen. Dies lehren uns auch jüngere Erfahrungen.

Dennoch will mit dem Prinzip der

Solidarität behutsam umgegangen sein: Solidarität ist mehr als nur eine Umgangsform — auch sie ist freilich wichtig! —, die Sozialdemokraten vorschreibt, füreinander einzutreten. Solidarität ist auch nicht bloße Tünche, unter der inhaltlich kontroverse Auffassungen verschwinden oder unkenntlich gemacht werden sollen. Dies ist in mancher Auseinandersetzung der letzten Jahre wohl nicht immer klar genug gesehen worden.

Solidarität ist vor allem — und ich darf unsere schwedischen Freunde zitieren aus ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm: „die Waffe des Schwachen im Kampf für Gerechtigkeit“. Solidarität, so heißt es dort, „bildet die Grundlage der Sicherheit, auf die jeder Mensch einen berechtigten Anspruch hat und jener Gemeinschaftlichkeit, die eine gute Gesellschaft prägen muß“.

Wenn in diesen Monaten — deutlicher vielleicht als manchem von uns das vorher klar war — die Entwicklung der Rohstoffpreise und damit verbundene Vorgänge weite Teile dieser Welt in immer tiefere Armut stürzen, so kann es uns nicht beruhigen, daß wir die Dinge besser als andere gemeistert haben. Das ohnehin fast hoffnungslose Abgeschlagensein der „Vierten Welt“ erfordert — bei berechtigtem deutlichem Hinweis auf die Pflicht der Ölländer — unser und der gesamten Industriewelt solidarischeres Verhalten.

Solidarität — wenn sie mehr sein will als der leere Appell einer idealistischen Minderheit — will gesellschaftlich

begriffen sein. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, erkennen zu können, daß in einer Phase grundlegend veränderter weltwirtschaftlicher Beziehungen die Fragen des sozialen Ausgleichs zunehmendes Gewicht bekommen werden.

Unser Staat hat zum Beispiel auch dafür zu sorgen, daß wir von dem traurigen Ruf herunterkommen, das am wenigsten kinderfreundliche Land in ganz Europa zu sein. Dies und manches andere gehört zu dem Auftrag, den wir aus Solidarität mit den Schwächeren, den Zukurzgekommenen, den Behinderten einzulösen haben.

Es genügt nicht, wenn sprachgewandte Mitarbeiter der „Arbeitsgruppe Semantik“ beim CDU-Bundesvorstand den Unionsstrategen ganz unverblümt anraten, in öffentlichen Äußerungen möglichst oft das Wort Solidarität einzukleben, wenn sie zugleich unsere aus der Tradition der Arbeiterbewegung erwachsene Solidarität als Gleichmacherei und Kollektivismus verteufeln. Man sollte einmal in der katholischen Soziallehre nachschlagen lassen, ehe man die Arbeitsgruppe Semantik auf neue demagogische Fahrten setzt. Die Freiheit des Christen ist doch immer die „Freiheit zu etwas“ und niemals die altliberale „Freiheit von etwas“. Diese Freiheit konkretisiert sich in Werken der Gerechtigkeit und in der Gemeinschaft, in der solidarischen Aktion: „Der einzelne kommt allein nie zum Heil.“ Ich sage dies nicht, um theologische Bildung zu beweisen, sondern um mit Nachdruck zu unterstreichen: Wer von unseren Zielsetzungen behauptet, sie seien zutiefst unvereinbar mit dem Christentum, der stellt die Dinge grotesk auf den Kopf.

VL. „Wir sind stolz auf unsere Vorkämpfer.“

Wenn eine Partei für die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gestritten und gelitten hat, dann war es die Sozialdemokratische Partei. Und im Gedenken an jene, die durch ihr politisches Wirken vor und nach dem ersten Weltkrieg, unter der braunen Gewaltherrschaft und in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur Godesberg vorbereiten halfen, im Gedenken an sie füge ich hinzu: Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als den sozialdemokratischen Grundwerten haben zahlreiche Sozialdemokraten ihr Leben gegeben.

Extremisten von rechts und ganz links waren und sind in einem Punkt immer einig: in ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie. Ihre Gereiztheit schlägt um in offene Aggression: regierende Kommunisten suchen uns durch Infiltration und Spionage auszuheben; verbrecherische Extremisten scheuen vor brutalem Mord nicht zurück, wie der Tod unseres Berliner Genossen Günter von Drenkmann gezeigt hat.

Wir sind stolz auf unsere Vorkämpfer, die uns unseren Weg durch so viel Leid und Opfermut vorgezeichnet haben. Wir lassen uns von diesem Weg nicht abbringen. Das ist mehr, als jede andere Partei in diesem Land von sich behaupten kann.

Unsere aktuellen, auf diese Legislaturperiode des Bundestages bezogenen Forderungen sind bekannt: Wir wollen, daß die Mitbestimmung in den Großunternehmen vorankommt. Wir wollen, daß die Reform

des Bodenrechts weiterentwickelt wird, und zwar so, daß das Eigentum des kleinen Mannes geschützt wird. Wir wollen, daß der Reformprozeß auf dem Gebiet der beruflichen Bildung deutliche Fortschritte macht.

Ich will auch ein offenes Wort zur Freiheit der Information sagen:

Es ist gut, daß Rundfunk und Fernsehen öffentlich-rechtlich verfaßt sind. Diese Organisationsform, die die Freiheit der Meinungen sichern soll, muß gegen Proporzfetichismus ebenso verteidigt werden wie gegen die — massiven — Einwirkungen von Interessenverbänden.

Pressefreiheit wird heute nicht durch staatliche Zensur, sondern durch wirtschaftliche Zwänge gefährdet. Angemessene Antworten sind nicht parat. Sie zu finden, sind alle die aufgerufen, die es — vorbei am Sendungsbewußtsein gewisser Pressezaren — mit der Erhaltung der Meinungsvielfalt ernst meinen.

VII. „Wir sind eine nationale Partei in europäischer Verantwortung und mit unabweisbaren weltweiten Pflichten.“

In dieser Rede ist bereits angekündigt, daß unsere Grundwerte nicht allein eine innenpolitische Dimension besitzen. Wir sind eine nationale Partei in europäischer Verantwortung und mit unabweisbaren weltweiten Pflichten.

1959 lebte in uns die Hoffnung, die Spaltung der deutschen Nation würde in absehbarer Zeit durch Wiederherstellung der staatlichen Einheit überwunden werden

können. Wir haben zunehmend lernen müssen, daß es eine isolierte Lösung der deutschen Fragen nicht gibt, daß sie sich von den europäischen Zusammenhängen nicht trennen lassen.

Um so wichtiger war es, auch im Interesse der Nation, daß wir unseren Beitrag zur Sicherung des Friedens leisteten. Daß wir daran gingen, den Kontakt zwischen den Menschen in den beiden deutschen Staaten — allen Schwierigkeiten zum Trotz — wieder lebendiger werden zu lassen.

Die brennendste Sorge richtete sich in den Jahren, in denen am Godesberger Programm gearbeitet wurde, auf die Gefahr eines dritten Weltkrieges, der auf europäischem Boden ausgelöst und zum Untergang durch Atombrand führen könnte. Diese Gefahr ist noch nicht gebannt, aber sie ist vergleichsweise geringer geworden.

Hierzu hat die durch uns eingeleitete und zielstrebig vorangetragene Politik der Entspannung und der Verständigung wesentlich beigetragen. Aber es gibt noch viele Schwierigkeiten. Dennoch bin ich sicher: wir werden sie mit Geduld und Behutsamkeit überwinden. Wir können dies nur auf einer gesicherten Grundlage normalisierter zweiseitiger Beziehungen.

Wer nun meint, das Stichwort „aktive Friedenspolitik“ könne aus dem Vokabular unserer Bundesrepublik getilgt werden, hat die von uns vor Jahr und Tag eingeleitete Politik — zu deren Voraussetzungen selbstverständlich ein angemessener militärischer Beitrag zu unserer Sicherheit gehört — bis heute in ihrem Kern nicht begriffen.

Die bilaterale — zweiseitige — Phase dieser Politik bedeutet nur die erste Stufe eines größeren, eines multilateralen — mehrseitigen — Versuchs, der in seinen wesentlichen Elementen noch vor uns liegt: durch den ausgewogenen Truppenabbau in Mitteleuropa sowie durch die Begrenzung der Rüstungen parallel zu größerer technischer, kultureller und wirtschaftlicher Zusammenarbeit und damit — auf längere Sicht — zur Überwindung der Blöcke zu gelangen.

Ich weiß, es gibt heute noch vordringlichere Probleme: solche der Energie- und Rohstoffpolitik, solche der Überwindung permanenter Defizite der Zahlungsbilanzen, solche des Kampfes gegen Arbeitslosigkeit und Inflation. Gleichwohl: Wir werden das Ziel, von dem ich oben sprach, im Auge behalten. Und wir werden die von der übergroßen Mehrheit des Volkes gestützte Friedenspolitik des sozial-liberalen Regierungsbündnisses weder von Kleinmütigen noch von Großsprechern zerreden lassen.

Es gibt daher auch hier keinen Grund, kleinmütig zu sein. Die Erfolge unserer Ost-West-Politik sind schon selbstverständlich geworden. Von ihren Schwierigkeiten kann nur überrascht sein, wer sich Wunschvorstellungen hingibt und die harten Realitäten dieser Welt nicht kennt.

Gerade weil die weltweit sich auswirkenden Probleme anwachsen, brauchen wir ein weltweites Instrumentarium der Konfliktentschärfung, der Konfliktlösung und der technischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es kann nur geschaffen werden, wenn der Frieden in unserem Teil der Welt noch sicherer gemacht,

wenn die Zusammenarbeit zwischen Ost und West zunehmend entwickelt und der Nord-Süd-Konflikt in der gemeinsamen Verantwortung der Industrie- und der Öl- und Entwicklungsstaaten überwunden wird. Nur so erreichen wir den Frieden in unserer Zeit. Das ist die Aufgabe, die alle unsere Anstrengungen verlangt und für die wir unsere Mitbürger erneut begeistern müssen.

Es könnte sein, daß Europa geschichtlich die letzte Chance hat, in diesem Prozeß zwischen Ost und West und Nord und Süd eine eigene Rolle zu spielen. Das setzt voraus, daß es den Weg zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einheit entschlossen weitergeht. Wir deutschen Sozialdemokraten werden alles tun, was in unseren Kräften steht, um die europäische Einigung voranzubringen.

In den letzten fünfzehn Jahren ist immer deutlicher geworden: Kein Land, nicht einmal die beiden stärksten, ist in der Lage, seine Probleme in Autarkie zu lösen. Die Bundesrepublik Deutschland würde ihre Probleme in einem vereinten Europa leichter lösen, Europa würde seine Probleme leichter lösen in einer Welt, deren Mitglieder sich weltweiten Vereinbarungen und Beschlüssen anschließen. Alle Staaten der Welt, gleichgültig, welchen Grad der Entwicklung sie haben, welches gesellschaftliche System in ihnen wirkt, ob sie gebunden oder ungebunden sind, haben einen Grad von gegenseitiger Abhängigkeit erreicht, der noch ständig zunimmt. Gewicht und Bedeutung eines Landes werden davon abhängen, ob es ihm gelingt, seinen Platz in der arbeitsteiligen Welt zu finden, zu

sichern und seine Rolle auf dem Wege einer friedlichen Welt engagiert zu übernehmen.

VIII. „Demokratie ist Weg und Ziel in einem: Sie kann nicht auf den engen staatlichen Raum beschränkt bleiben.“

Unsere europäische und weltweite Verantwortung erfordert — zusätzlich zu allem anderen —, daß der vom Grundgesetz geforderte Ausbau unseres sozialen und demokratischen Bundesstaates zur sozialen Demokratie konsequent und unbeirrt fortgesetzt wird.

Oft wurde behauptet, erst mit dem Godesberger Programm hätten die Sozialdemokraten ein positives Verhältnis zum Staat entwickelt. Das ist falsch, wahr ist jedoch, daß unsere Haltung dadurch präzisiert wurde — gerade auch was die Fragen der militärischen Sicherheit betrifft.

Die Demokraten dieses Landes, die Parteien, die Parlamentarier, die Regierenden, haben sich — jeder auf seine Weise — mit allen Kräften zu bemühen:

— daß in allen staatlichen Bereichen Recht und Gesetz geachtet wird, nicht nur den Buchstaben nach,

— daß der Bürger weder durch bürokratisches noch durch eng technokratisches Denken und Handeln in seiner Freiheit beschnitten wird,

— daß soziale Gerechtigkeit und Solidarität zunehmend verwirklicht wird.

Wir streiten aber nicht für eine abstrakte Ordnung, sondern für eine solche, die demokratischen Grundsätzen verpflichtet ist. Demokratie ist für uns keine staatliche Ordnung, die Übergangscharakter hat.

Demokratie ist Weg und Ziel in einem: sie kann nicht auf den engen staatlichen Raum beschränkt bleiben. Demokratie ist mehr als eine Sammlung von Spielregeln. Sie ist zu verstehen — ich wiederhole es ausdrücklich, mit den Worten unseres Programms — als „die allgemeine Staats- und Lebensordnung, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist“.

Hier ist die entscheidende Kluft gegenüber konservativ-rückwärtsgewandten und altliberalen Auffassungen. Hier kann es auch keinen faulen Kompromiß geben. Demokratische Verhältnisse im Staat und demokratische Strukturen der Gesellschaft sind für uns zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und gerade die Geschichte unserer Nation zeigt, daß staatliche Demokratie abhängig ist vom demokratischen Bewußtsein und Engagement der Bürger.

Demokratisches Bewußtsein der Bürger gedeiht nur in einer Gesellschaft, in der „freie Selbstverantwortung und gesellschaftliche Verpflichtung“ in allen Bereichen gelten. Mitbestimmung in der Wirtschaft und in anderen Bereichen der Gesellschaft beruht für uns auf keinem Machtkalkül, sondern ist in unserem Verständnis Bedingung einer freiheitlichen Existenz. Nur durch selbstverantwortliches Mitwirken der vielen an

den gesellschaftlichen Entscheidungen bilden sich die Verhaltensweisen im Staat, die erst die Stabilität der parlamentarischen Ordnung garantieren. Für diese Mitwirkung gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen.

Gerade aus dieser Sicht ergibt sich auch eine zusätzliche, inhaltliche Abgrenzung vom Kommunismus. Unsere schwedischen Freunde weisen in ihrem neuen Programmentwurf darauf hin, daß dem kommunistischen Staatskapitalismus ein gewisser materieller Erfolg nicht abzuspochen sei. Aber sie fügen hinzu: „Wo immer das Eliteprinzip des Leninismus maßgebend war, sind die Hoffnungen auf eine Volksherrschaft nicht erfüllt worden.“ In Staaten, in denen dieses Prinzip herrscht — mit seiner Zentralisierung der Macht und seinem Mangel an Demokratie — werden Freiheit und Gleichheit stranguliert: „Deshalb kann es in diesen Staaten nicht zu jener Gemeinschaft freier und gleichgestellter Menschen kommen, die das Ziel des demokratischen Sozialismus ist.“

Ich habe dies nicht nur der Abgrenzung wegen zitiert, sondern auch, um auf jenen entscheidenden Teil des Godesberger Programms hinzuweisen, der die aus der Frühzeit der Arbeiterbewegung herüberreichende „Identität von Sozialismus und Sozialisierung“ aufgehoben hat. Wir sagen Ja zum marktwirtschaftlichen Organisationsprinzip der Wirtschaft; zur persönlichen Initiative, der öffentliche Verantwortung zur Seite treten muß; zum Schutz des Eigentums. Aber innere Demokratisierung ist notwendig. Sonst herrschen bürokratische

und technokratische Verfahren und nicht das vom Volk gewählte Parlament.

Soll der Staat nicht Opfer einer ungehemmten Durchsetzung von Interessen werden, so ist eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Bereiche unerlässlich. Gesellschaftlicher Interessenausgleich kann nicht allein durch den Staat verwirklicht werden, sondern muß auch durch Formen der demokratischen Beteiligung aller Bürger an den gesellschaftlichen Entscheidungen vorbereitet sein.

Demokratie ist die einzige Staatsordnung, die Freiheit und Gerechtigkeit sichern kann. Ich füge hinzu: Demokratie ist die einzige Form gesellschaftlichen Lebens, die eine sichere Ordnung in schwierigen Zeiten garantiert. Es ist grundfalsch, in Perioden, in denen sich wirtschaftliche und politische Probleme auf türmen, die Hoffnung auf weniger Demokratie zu richten. Richtig verstandene Demokratie ist und bleibt die richtige Staats- und Lebensordnung gerade auch für Zeiten des Umbruchs.

Solche Zeiten des Umbruchs werden nur dann bewältigt, wenn die unverzichtbaren Grundsätze der Demokratie nicht nur verfassungsmäßig garantiert, sondern gesellschaftlich und praktisch verwirklicht werden.

Ich frage: Wie könnten wir ohne Presse- und Meinungsfreiheit, ohne Koalitionsfreiheit, ohne starke und unabhängige Gewerkschaften, ohne starke und konkurrierende Parteien, ohne die Mitverantwortung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft die Herausforderungen dieses Jahrzehnts meistern! Und ich antworte: Demokratie

ist die Staats- und Lebensordnung der großen gesellschaftlichen Wandlungen und Reformen.

Dafür arbeiten wir, und davon lassen wir uns nicht abbringen. Muß ich sagen, wieviel für unser Volk davon abhängt, daß wir uns nicht aus der Regierungsverantwortung herausdrängen lassen, sondern daß wir mehr Zustimmung und neue Erfolge erzielen?

Mehr Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität in unserem Land, für unser Volk sind in hohem Maße davon abhängig, wie stark die deutschen Sozialdemokraten sind, wie lebendig und geschlossen zugleich die Partei der deutschen Sozialdemokraten zu wirken versteht. Auch Europa erwartet viel von uns; zur Friedenssicherung und weltweiten Partnerschaft haben wir weiterhin Wesentliches beizutragen.

Ich knüpfe damit an die einleitenden Sätze an und sage noch einmal: Schwierigkeiten sind dazu da, daß man sie überwindet. Fehlentwicklungen müssen dazu dienen, daß aus ihnen Lehren gezogen werden. In jeder Krise steckt die Chance der Gesundung. Aus Rückschlägen können neue Erfolge werden.

Die Grundwerte — Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität — prägen unsere Politik. Sie bestimmen unseren künftigen Weg: Unfreiheit anzuprangern und mehr Freiheit zu schaffen, Ungerechtigkeit zu bekämpfen und mehr Gerechtigkeit zu erstreben, Eignung beim Namen zu nennen und Solidarität zu üben.

Laßt uns also die Rückbesinnung auf

den Tag, an dem das Godesberger Programm verabschiedet wurde, mit dem Entschluß verbinden, noch härter zu arbeiten, unsere Überzeugungen noch klarer zu machen, unsere Kräfte noch besser zusammenzufassen: für den Frieden und die Wohlfahrt unseres Volkes, und nicht allein unseres Volkes, für gesicherten Fortschritt und mehr konkrete Menschlichkeit — für mehr verwirklichte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Godesberg kennzeichnet den Aufbruch der Sozialdemokratie Herbert Wehner

Am 13. bis 15. November 1959 hat in dieser Stadthalle in Bad Godesberg der Außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getagt, der am 15. November das Grundsatzprogramm der SPD beschloß. 15 Jahre später, am 15. November 1974, gedenken wir dieses Ereignisses. Wir tun das nicht, um zufrieden mit uns selbst konstatieren zu wollen, was wir erreicht haben. Wir fragen uns selbst prüfend, ob wir ausgeschöpft haben, was dieses Programm uns bietet. Wir forschen, ob wir denen gerecht geworden sind und werden, die es in langwieriger, gewissenhafter Arbeit zustandegebracht haben und der vielen, die es durchgesetzt und in praktische Politik umgesetzt haben.

Von mir, der hier zu Ihnen zu sprechen die Ehre hat, wird kaum jemand eine im strengen Sinne des Wortes historische Würdigung des in Godesberg besiegelten Grundsatzprogramms der SPD erwarten. Es gibt sogar, wie ich gesehen habe, nicht wenige, die nachzurechnen bemüht sind, ob von mir überhaupt eine nennenswerte Zahl der Sätze des Programmtextes verfaßt worden sei. Was ich an diesem Tag zu unserem Grundsatzprogramm sagen möchte und ausdrücken kann, das ist ein Versuch, die Leistung, die in diesem Programm verkörpert ist, zu würdigen und ins Bewußtsein zu rufen.

Dieses Programm ist nicht zufällig entstanden. Seine Quellen liegen in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung eines Jahrhunderts. Es ist nicht die Summe von Berechnungen. Es wurde nicht in Studierstuben ausgedacht. Dieses Programm wäre undenkbar ohne die Summe der Erfahrungen, die in zwei Weltkriegen und mit ihnen einher-

gehenden Diktaturen von Sozialisten gemacht und erlitten worden sind.

Als es beschlossen wurde, befanden wir uns in der Hälfte einer Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, an deren Beginn 1957 unser innenpolitischer Widerpart, die CDU/CSU, die absolute Mehrheit der Wählerstimmen allein erworben hatte.

Unser Gedenken am 15. November 1974 gilt nicht nur dem Ereignis in seiner Beziehung zur Partei und seiner Bedeutung für die SPD. Wir sind nicht überheblich, wenn wir damit auch die Leistung der Sozialdemokraten für die Bundesrepublik würdigen, die sich in diesem Programm ausdrückt.

Die Bundesrepublik Deutschland zählt in diesem Jahr 25 Jahre. Wenn die SPD den Anspruch erhebt, den 15. Jahrestag ihres Godesberger Grundsatzprogramms in die Reihe dieser 25 Jahrestage einzufügen, so tut sie das aus dem Grunde, daß die für uns Deutsche entscheidenden Stellungnahmen erfolgt sind, ehe die Möglichkeit zur staatlichen Konstituierung gewährt worden war, und weil die Stellungnahmen der Sozialdemokratie dabei eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben, nämlich die Abwehr des östlichen Totalitarismus und die geistige Gewinnung der Deutschen für die Sache der Demokratie.

Kurt Schumacher hat mit Recht betont: „Wenn es nach dem Erkenntnisvermögen und der Haltung der Parteien gegangen wäre, die heute“ — so schrieb er 1952 — „die Bundesregierung bilden, vor allem der CDU/CSU und der DP (sic erinnern sich: Deutsche Partei ist die Bezeichnung für dieses

Kürzel; sie ist aufgegangen), dann wäre ein neuer Rheinbund entstanden, wie ihn mindestens zwei der drei westlichen Alliierten gewollt haben. Nur durch die Sozialdemokraten ist ein Grundgesetz zustande gekommen, das diese Bundesregierung überhaupt erst funktionsfähig gemacht hat“. Zu den Vätern des Grundgesetzes gehörten einige der leuchtendsten Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Sozialdemokraten haben seit der Wiederbegründung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer entscheidende Bausteine für die Grundlage der staatlich-demokratischen Ordnung im nicht sowjetisch besetzten Teil Deutschlands geschaffen: Durch die Entscheidung gegen die Zwangsvereinigung mit der Kommunistischen Partei zur sogenannten Sozialistischen Einheitspartei in Berlin und durch ihre eindringlichen Forderungen, mit denen sie häufig allein gelassen wurden, an die vier Besatzungsmächte, das in Besatzungszonen aufgeteilte Deutschland bei freien demokratischen Entscheidungen der Deutschen in diesem ganzen Gebiet zu vereinigen.

Die CDU hat ihr „Ahlemer Programm“ — Sie erinnern sich noch? Im Lexikon gibt es eine kurze Bezeichnung dafür — vom Jahre 1947 zu den Akten gelegt, als die Bundesrepublik Deutschland konstituiert wurde. Sie hat Jahre hindurch praktiziert, was sie selbst die „Kanzler-Demokratie“ genannt hat.

Die SPD begann mit Kurt Schumachers „Politische Richtlinie für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, 1945“.

Sie hat in programmatischen Aussagen wie der „Entschließung der Kulturpolitischen Konferenz in Ziegenhain 1947“, in ihrem Beitrag zur „Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale“, beschlossen auf dem 1. Kongreß der Sozialistischen Internationale in Frankfurt am Main 1951 über „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus“, schließlich im „Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, beschlossen auf dem Parteitag in Dortmund 1952 und erweitert auf dem Parteitag in Berlin 1954, bis zu dem Beschluß des Stuttgarter Parteitages 1958 konsequent auf ein Grundsatzprogramm hingearbeitet. Der Beschluß des Stuttgarter Parteitages lautete: „Der Entwurf des Grundsatzprogramms wird spätestens im Jahre 1960 verabschiedet. Parteivorstand und Parteirat werden beauftragt, Anfang 1959 zu entscheiden, ob ein Außerordentlicher Parteitag im Jahre 1959 zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms einzuberufen ist.“

Und dabei ging es der SPD um ein Programm, „das die freie Überzeugung jedes Sozialdemokraten ausdrückt, das jeder Sozialdemokrat kennt und vertreten kann, und das dann dazu beitragen wird, bei uns jene Geschlossenheit und Entschlossenheit zu schaffen, die eine Vorbedingung unseres Erfolges ist“ — so drückte es Willi Eichler, der Vorsitzende der Programmkommission, aus.

Kurt Schumacher hatte bei der Wiederbegründung der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland die Partei freigemacht von der Vorstellung, sie müsse, solle oder dürfe Weltanschauungspartei oder Partei mit einer sogenannten einheitlichen Parteitheorie sein.

„Eine einheitliche Parteitheorie wäre der Tod der Freiheit“, schrieb er 1948 vom Krankenbett an den Düsseldorfer Parteitag. In seiner Erklärung von 1946 hatte es geheißen: „Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

Und Erich Ollenhauer, sein Stellvertreter und nach Schumachers Tod der Vorsitzende der SPD, konnte 1959 auf dem Programmparteitag sagen: „Die Partei ist in den Jahren seit 1946 weitgehend dieser Auffassung gefolgt, und wir möchten sie hier programmatisch festlegen. Sie findet auch ihren speziellen Ausdruck in der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kirche.“ Ich begrüße an dieser Stelle die Vertreter der beiden christlichen Kirchen, die uns die Ehre geben, hier zugegen zu sein.

Es ist Erich Ollenhauer gewesen, der deutlich gemacht hat, worum es uns mit dem Grundsatzprogramm gegangen ist. Er sagte u. a.: „Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, ohne den die große Leistungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft nicht denkbar ist, hat den führenden Männern der Wirtschaft zugleich große Macht in die Hand gespielt. Die Macht bedroht die Unabhängigkeit und die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen.“

Sie gefährdet den Anspruch der Verbraucher, daß ihnen die gesteigerte Ertragsfähigkeit der Wirtschaft in Güte und Preis

der Erzeugnisse zugute kommt. Sie nimmt zahllosen leistungsfähigen mittleren und kleinen Unternehmen die Existenzgrundlage. Sie ist eine schwere Hypothek auf den Grundlagen der demokratischen Ordnung, die auf gleiches Recht und nicht auf Macht gegründet sein sollte. Schließlich kommen hinzu die Gefahren, die sich aus der wachsenden Bürokratisierung unseres öffentlichen Lebens ergeben.“

Damit hat Ollenhauer klargemacht, daß es erforderlich ist, die Politik der Sozialdemokratie auf einer breiten Grundlage als Volkspartei zu entwickeln.

Dazu gehört eine unbefangene Auffassung vom Staat und seiner Bedeutung für das Ringen um freiheitliche soziale Lebensverhältnisse aller.

Erich Ollenhauer sagte: „Der Staat ist heute Träger vielfältiger Aufgaben auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Diese Entwicklung war unvermeidlich, weil nur auf diese Weise die Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit sichergestellt werden konnte. Aber“ — so betonte er — „der wachsende Behördenapparat auf allen Stufen unseres staatlichen Lebens bringt auch eine wachsende Bürokratisierung unseres Lebens mit sich.“

In allen diesen Erscheinungen liegen wesentliche Ursachen für das, was man heute die Krise des Parlamentarismus nennt. Diese Krisenerscheinungen sind unbestreitbar. Sie können aber nicht beseitigt, können nicht gelöst werden mit formalen und technischen Reformen, sondern müssen gelöst werden, indem die demokratischen Kräfte im Volke

gestärkt und die außerparlamentarischen Mächte unter die Kontrolle der demokratischen Gewalten gebracht werden.“

Ollenhauer hat unser Programm als den Versuch bezeichnet, „nicht nur diese Gefahren zu bannen, sondern ein gesellschaftliches System zu entwickeln, das die Freiheit des Bürgers und seine lebendige Mitwirkung in der Gestaltung der Demokratie auf allen Lebensgebieten sichert“.

Gustav Heinemann, unser Alt-Bundespräsident, hat anlässlich des 25. Jahrestages des Inkrafttretens des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erklärt:

„Das Grundgesetz hat uns auf den Weg der Demokratisierung gebracht. Sie zielt im Staat, aber auch in Bereichen der Gesellschaft auf mehr Freiheit und mehr Mitbestimmung der Bürger.“ Ich hebe das hervor aus vielen Gründen, u. a. auch aus dem, weil es heute eine ganze Professorenrichtung — Politprofessorenrichtung — gibt, die die Demokratisierung als eine Art von Bolschewisierung auf Raten diskreditieren möchte.

Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Grundsatzprogramm den Beitrag zur Umsetzung des Verfassungstextes in Verfassungswirklichkeit geleistet. Vorausgesetzt, daß die Sozialdemokratische Partei diesem Programm gemäß sich verhält und handelt. Denn dies ist ein langer Weg.

Es geht nicht um einen „Zukunftsstaat“, den wir erstreben. Es geht um die Erfüllung dieses Staates, der auch unser Staat ist, mit so viel sozialdemokratischem Inhalt, wie wir mit unseren Kräften, die wir in Bund, Ländern und Gemeinden aufbieten können, zu erreichen vermögen.

Als Volkspartei im Sinne des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms unterscheidet die Staatsauffassung der Sozialdemokratie unter den gegebenen realen Verhältnissen sich deutlich von der Staatsauffassung jener, die sich zwar auch Volkspartei nennen, den Staat aber lediglich verwalten und die Macht derjenigen, die schon über die große wirtschaftliche Macht verfügen, noch durch den Staat legitimieren wollen. Zugleich ist aber die Staatsauffassung der Sozialdemokratie klar abgegrenzt gegenüber anderen, die den Staat zum Alles-Verwalter und Alles-Lenker machen möchten.

Das Schicksal der arbeitenden Menschen — ob sie nun Arbeitnehmer oder Selbständige sind — hängt ab vom Ausmaß des Freiheitsraumes, in dem für ihre Lebensinteressen gestritten werden kann. Beharrlichkeit und Kühnheit im Eintreten für die Rechte und die Bedürfnisse derer, die man die „Kleinen Leute“ nennt, ist höher einzuschätzen als eine im Ausdenken allerneuester und allerweitestgehender Pläne sich ausdrückende „Kühnheit“.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der dem Gemeinwohl dienenden Einrichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden für soziale Sicherheit, humane Lebensbedingungen und kulturellen Fortschritt hat von der Sozialdemokratie stets vordringlich behandelt zu werden.

Und dabei wird immer unabweisbarer die Notwendigkeit einer auf realistischen Grundlagen basierenden Gesamtrechnung der Bedürfnisse und der Leistungsfähigkeit der drei Zuständigkeitsbereiche Bund, Länder und Gemeinden. Die Qualität des Lebens aller Angehörigen der

breiten werktätigen Schichten ist unabweisbar mit einer solchen Gesamtrechnung verbunden, die gewährleistet, daß die Bundesrepublik Deutschland, die nach ihrem Grundgesetz ein demokratischer und sozialer Bundesstaat zu sein hat, auch in ihrer Verfassungswirklichkeit mehr und mehr Sozialstaat wird. Denn den ganzen Menschen kann man nicht in die Zuständigkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden aufteilen.

So stehen wir in der Pflicht, die wir uns in unserem Grundsatzprogramm auferlegt haben: „Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe — Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Wir werden gescholten, weil wir erklären: „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“ Die einen — die im Sozialismus die Form der Verstaatlichung der Produktionsmittel, die sie allerdings „Vergesellschaftung“ nennen, und die Herrschaft einer Partei sehen — haben die Demokratie degeneriert zum sogenannten demokratischen Zentralismus und bekämpfen uns, weil wir nicht gewillt sind, uns einzufügen in diese Schablone. Die anderen — die in der Demokratie die Verkleidung ihrer eigenen wirtschaftlichen Macht sehen — wollen anprangern, als tasteten wir mit unserer Politik der sozialen Absicherung, der Mitbestimmung und der öffentlichen Kontrolle nicht bloß die Privilegien derer an, die über die große wirtschaftliche Macht verfügen, sondern angeblich die Grundrechte der Demokratie. Beiden können, wollen und dürfen wir es auch nicht recht machen. Die Entscheidung für den demokratischen

Sozialismus ist für uns die Entscheidung für Grundforderungen, die in einer menschenwürdigen Gesellschaft erfüllt sein müssen.

Dazu gehören:

- Alle Völker müssen sich einer internationalen Rechtsordnung unterwerfen, die über eine ausreichende Exekutive verfügt.
- Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein.
- Alle Völker müssen die gleiche Chance haben, am Wohlstand der Welt teilzunehmen.
- Entwicklungsländer haben Anspruch auf die Solidarität der anderen Völker.

Und:

- Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist. Wir haben nicht nachzuvollziehen den Streit, den die totalitären Sozialisten, Kommunisten über das Problem, ob es Sozialismus in einem Land gibt, geführt und bis zur Selbstzerfleischung entwickelt haben.
- Wir berauben niemand seines erworbenen Eigentums, sondern wir kämpfen für die Herbeiführung und Sicherung der Voraussetzungen dazu, daß jeder Eigentum erwerben und niemand ihm das Recht darauf schmälern kann.
- Wir treten ein für wirklichen Wettbewerb in der Wirtschaft und setzen uns konkret dafür ein, daß der Markt den Verbrauchern diene, statt durch Kartellabsprachen und Monopole manipuliert zu sein und nur

noch ein Aushängeschild zu sein. „Godesberg“ war und ist nicht ein Programm der Anpassung der Sozialdemokratie an herrschende bourgeoise Auffassungen. „Godesberg“ kennzeichnete den Aufbruch der Sozialdemokratie, ihren eigenen geschichtlichen Anspruch auf die Gestaltung des Staates mit dem Ziele der Demokratisierung der gesellschaftlichen Wirklichkeit endlich durchzusetzen. Also nicht nur zu postulieren, wie es „eigentlich“ zu sein hätte, sondern selbst politisch Hand anzulegen, um in harter Kärnerarbeit dafür zu sorgen, daß der Staat Vorbedingungen dafür schafft, damit der einzelne sich in freier Selbstverwaltung und gesellschaftlicher Verpflichtung entfalten kann.

„Als Sozialstaat hat er für seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen, um jedem die eigenverantwortliche Selbstbestimmung zu ermöglichen, um die Entwicklung einer freiheitlichen Gesellschaft zu fördern.“

„Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient.“

Ich sehe in keinem Programm einer der anderen Parteien eine gleich klare verpflichtende Auffassung vom Staat und der Rolle, die man in diesem Staat und für diesen Staat selbst auszufüllen hat.

Für die SPD ist „Godesberg“ das Programm geworden und wird es bleiben müssen, wenn die Partei sich richtig versteht. Das gilt für die Grundwerte des Sozialismus, für die Grundforderungen für eine men-

schenswertige Gesellschaft, für die staatliche Ordnung, die Landesverteidigung, die Wirtschafts- und Sozialordnung, das kulturelle Leben, die internationale Gemeinschaft. Man kann sich nicht eines dieser Kapitel herauschälen und meinen, das sei „Godesberg“. Das Ganze zusammen ist „Godesberg“. In „Papieren“ wird derzeit sehr häufig der geschickte Versuch gemacht, von hinten anzufangen und Teile des Instrumentariums als das Programm oder sein Wesentliches auszugeben. Vielleicht sehen es die, die es so tun, so. Die Partei als solche darf es so nicht sehen und so unerwidert lassen.

Wir haben im übrigen „Godesberg“ keineswegs als Aushängeschild verstanden, sondern als Anleitung zum praktischen Handeln. Es haben es sich jene leicht gemacht die gesagt haben: „Nun, warum mußte dann aber die Fraktion durch eine solche Rede wie die von mir am 30. Juni 1960 gehaltene, deutlich machen, was sie nun alles zu tun für rechtens und für notwendig hält?“ Immerhin war vorher die letzte Viermächte-Gipfelkonferenz, die aus dem Mandat des besonderen Deutschland-Auftrages abgeleitet war, gescheitert. Wäre „Godesberg“ nur ein Plakat unter vielen gewesen und geliebt, dann hätte es uns nicht geholfen und auch anderen nicht helfen können.

So aber haben wir guten Gewissens nach dem Scheitern unserer Bemühungen um ein Viermächteabkommen zur Wiedervereinigung Deutschlands die gültig gewordenen Westverträge für das europäische und auch für das atlantische Vertragssystem, dem die Bundesrepublik angehört, als Grundlage und Rahmen für die konkrete Politik der Bundesrepublik Deutschland akzeptiert. Wir

haben nicht das Ausscheiden der Bundesrepublik aus Vertrags- und Bündnisverpflichtungen betrieben, sondern uns — sowohl als parlamentarische Opposition als auch als Regierungspartei — bemüht, zur Entspannung der internationalen Gegensätze beizutragen und das Verhältnis der Teile des getrennten Deutschland zueinander schließlich auf eine vertragliche Grundlage zu bringen, die auch Berlins Lebensrechte gewährleistet — besonders kostbares und besonders verletzliches Gut. Wir sind entschiedene Verteidiger der freiheitlichen demokratischen Grundrechte und der Grundordnung und erfüllen die zur Landesverteidigung gehörenden Pflichten. Daß wir dabei nicht das Konzept anderer Parteien übernehmen, das hat nichts damit zu tun, daß wir die zur Landesverteidigung gehörenden Pflichten erfüllen. Der Streit über das „Wie?“ und Streit über das Ausmaß wird es, solange man noch nicht wieder Diktatur ist, immer geben. Wir meinen, daß Zusammenarbeit und Hinwirken auf die Vereinigung der vereinigungsfähigen Staaten und Teile Europas Inhalt unserer konkreten Politik, nicht nur ein Ressort unter anderen ist. Ohne sie käme die Bundesrepublik und schon gar nicht das sozialdemokratische Programm für die Ausgestaltung dieser Bundesrepublik nicht zurecht und nicht zum Tragen. Ebenso wie wir das Bemühen um gesamt-europäischen Ausgleich und Zusammenarbeit, soweit sie durch die gegensätzlichen Ordnungen ermöglicht wird, betreiben — und zwar so, daß wir dabei unsere Unabhängigkeit behaupten auch gegenüber denen, mit denen wir Partner, Vertragspartner sind, weil man auf einem Bein zwar höchstens stehen, aber nicht gehen kann zu den Tischen, an denen verhandelt wird über aktive, kon-

krete Friedenssicherung, über Schritte zur Entspannung, über Rüstungsbegrenzung, die gleichwertig, gleichzeitig und nicht einseitig und nicht der eine den anderen über den Löffel balancierend erfolgen muß. Das ging nur auf der Basis dieser beiden Beine, die inhaltlich nicht gleichwertig sind; denn während die Westverträge Integrations- und Bündnisverträge sind, sind die Ostverträge Verträge, mit denen die Normalisierung der Beziehungen zwischen diesen Staaten und uns und diesen Staaten erstrebt wird. Und wir wollen das Unsere ehrlich dazu beitragen.

Die aus dem Godesberger Programm entwickelte Politik hat uns durch aktives Wirken unserer Parteimitgliedschaft — zahlreiche Ungenannte — und in beharrlich geführten Wahlkämpfen nach sieben Jahren in Regierungsverantwortung im Bund gebracht. Wir haben uns auch dieses ersten Teils unserer Regierungsverantwortung nicht — wie es heute die Regel zu sein scheint — zu schämen, denn was wir dort dazu beigetragen haben, das war auch ein sozialdemokratischer Beitrag. Daß wir nicht die Mehrheit waren, das kann man nachrechnen. Aber zu verstecken haben wir das nicht.

Zehn Jahre nach der Annahme unseres Godesberger Programms hat erstmals der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, als Bundeskanzler die Bundesregierung gebildet. Als er 1969 die Regierungsführung übernahm, hat Willy Brandt eine Entwicklung eingeleitet, die keine andere politische Kraft zustandegebracht hätte: nämlich die Politik der aktiven und konkreten Friedenssicherung anstelle der bloßen Friedens-Deklamationen und die Politik der Erneuerung unserer

Gesellschaft. Nach unserem sozialdemokratischen Selbstverständnis gehört beides zusammen. Und diesen Kurs hält auch der zweite sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Ein langer Weg, den wir schon zurückgelegt haben. Ein langer Weg, der noch vor uns liegt. Wir haben ihn zu bewältigen im Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber unserem eigenen Volk und gegenüber dem demokratischen Sozialismus als internationaler Kraft. In unserem Programm erklären wir, daß Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die aus der gemeinsamen Verbundenheit folgende gegenseitige Verpflichtung, die Grundwerte des sozialistischen Wollens sind.

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“

Die Sozialdemokratische Partei ist — und muß bleiben — die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen. Die Sozialdemokratische Partei erstrebt eine Lebensordnung im Geiste dieser Grundwerte. Der Sozialismus ist eine dauernde Aufgabe

— Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.

In der Regierung und in den Parlamenten haben wir in nüchterner und harter Gesetzgebungsarbeit ernst gemacht mit der Erhöhung der sozialen Sicherheit. Wir bleiben damit vor Ort tätig und wirksam.

Wir ringen darum, die im Grundgesetz allen Frauen und Männern gewährleisteten gleichen staatsbürgerlichen Rechte weiterzuführen — d. h. zu transformieren — zur sozialen Chancengleichheit für jede Frau und für jeden Mann — gleichgültig, in welchen Verhältnissen sie geboren wurden und wohin es sie verschlagen oder vertrieben hat. Wenn wir uns nicht selbst isolieren oder versteigen und wenn wir unsere Handlungs- und Bündnisfähigkeit bewahren, werden wir dies auch durchsetzen auf einem langen Weg.

Wir haben unserer Bundesrepublik Deutschland einen gleichberechtigten Platz an den Verhandlungstischen von West und Ost, von Nord und Süd erworben. Wir setzen uns weiter für aktive Friedenssicherung, Zusammenarbeit, gleichmäßige Rüstungsbegrenzung und ein erreichbares Maß von Freizügigkeit ein und lassen die deutsche Politik weder zurückzerren noch zurückrutschen in allgemeine Friedensdeklamationen, mögen diese auch noch so feierlich und hochtrabend klingen.

Wir haben begonnen, das gespannte Verhältnis der beiden im getrennten Deutschland auf eine vertragliche Grundlage zu stellen, die im Zusammenhang mit dem Viermächteabkommen auch Berlins Lebens-

rechte gewährleistet. Wir werden — trotz aller besonderen Schwierigkeiten dieses Verhältnisses — nicht müde werden, es so zu entwickeln, daß es für alle Deutschen erträglich und schließlich zu einem Kernstück und zu einem Bestandteil des Kernstücks der Friedenssicherung in Europa wird.

Am 15. Jahrestag des Inkrafttretens unseres Godesberger Grundsatzprogramms danken wir allen, denen wir es zu verdanken haben und allen, die sich für dieses Programm einsetzen.

Gedanken zur Aktualität des Godesberger Programms

Dr. Leopold Gratz

Bürgermeister der Stadt Wien

Stellvertretender Vorsitzender des
Präsidiums der Sozialistischen Partei
Österreichs

15 Jahre nach der Beschlußfassung des Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht man hier, als gewählter und verantwortlicher Funktionär der Sozialistischen Partei Österreichs, überwältigt vor der Aufgabe, in einigen wenigen Minuten eine Würdigung des Programms vorzunehmen.

So reizvoll es wäre, weder Philosophie noch kluge Causerie finden Platz in diesen wenigen Minuten, sondern nur der Versuch, Stellung zu nehmen zu Fragen, die einen Sozialdemokraten angesichts eines solchen Programms immer wieder bewegen.

Liebe Freunde!

Das historische Verdienst des Programms ist bleibend und unbestritten. Nach dem Zweiten Weltkrieg, der unseren Kontinent in Trümmern zurückließ, nach dem ersten Wegräumen des unmittelbaren Kriegsschuttes besannen sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wie die Sozialistische Partei Österreichs darauf, über ein neues Grundsatzprogramm nachzudenken. Denn: ein neues Nachdenken war notwendig. Waren doch die alten Programme fundiert im unerschütterlichen Glauben, mit den Kräften der Geschichte selbst verbündet zu sein, im Glauben an den historisch unaufhaltsamen, zwangsläufig eintretenden Sieg des Sozialismus — gepaart mit einem heute fast naiv anmutenden Zukunftsglauben.

Die Diskussion darüber, was an den alten Programmen Produkt des Denkens ihrer Zeit war, was unverändert gültig sei und was an Grundsätzen neu zu formulieren sei, zeigte in ihrer Vielfalt die geistige Kraft, die in der sozialdemokratischen Bewegung steckt.

Gestatten Sie mir nun, einige Gedanken, die mir in dieser Feierstunde kommen, in Form knapp formulierter Thesen vorzutragen.

Erstens: Um zweierlei müssen wir, die wir in der Politik tätig sind und täglich mit Einzelheiten konfrontiert werden, uns bemühen: zuerst einmal Programme, wie dieses nicht als Erbauungslektüre bei festlichen Gelegenheiten zu betrachten, sondern tatsächlich als Maxime unserer täglichen Handlungen, ja sogar unseres privaten Verhaltens. Nicht der ist ein guter sozialdemokratischer Politiker, der an Sonn- und Feiertagen am brilliantesten theoretische Grundsätze vertritt, sondern der, der sich bei jeder seiner Handlungen fragt, ob er mit seiner Entscheidung, mit seiner Handlung ein, wenn auch nur unwägbare kleines Stück beigetragen hat zur Verwirklichung unserer Ideale. Nur wenn wir auch als Regierende die zutiefst deprimierende Idee ablehnen, die in dem Schauspiel „Im Räderwerk“ von Jean Paul Sartre zum Ausdruck kommt, werden wir unseren Idealen gerecht — nur wenn wir als Verwalter bei unseren Entscheidungen immer vor Augen haben, daß hinter statistischen Ziffern, hinter Aktenbergen menschliche Schicksale verborgen sind, werden wir vor unseren Mitbürgern glaubwürdig sein.

Zum anderen aber stellt sich eine Forderung an unsere Partei selbst: die Trennung in sozialistische Praktiker und Theoretiker nicht zu akzeptieren. Wir wollen nicht eine Partei haben, die sich, weil sie genügend Geld hat, Theoretiker in Studierstuben zur Gewissensberuhigung leistet, während die Praktiker der Politik vor blinder Geschäftigkeit keine Zeit zum Nachdenken haben. Als

praktische Konsequenz dieser Feststellung diskutiert die österreichische Partei Richtlinien, die eine Akkumulierung von Funktionen verhindern sollen. Dies nicht aus dem Primitivargument der Vermeidung von Mehrfacheinkommen heraus, sondern aus der echten Sorge, Funktionäre so mit Arbeit zu belasten, daß ihnen zum Besinnen keine Zeit bleibt. Wenn die Praktiker der Politik Zeit für grundsätzliche Überlegungen haben, dann vermeidet man auch eine Frontenbildung in der die Theoretiker versuchen, eine Art inappellables jüngstes Gericht über die praktische Politik zu bilden; und in der die Praktiker Grundsatzdiskussionen als lästige Unterbrechung wichtiger Arbeiten betrachten.

Zweitens: Bad Godesberg — das war nicht nur für die SPD, sondern auch für die europäische Sozialdemokratie der Schritt zu einer Partei, die jeden, der ihre ethischen und moralischen Grundwerte akzeptierte, mit offenen Armen aufnahm, ganz egal, aus welcher Wurzel seine Überzeugung von diesen Werten entsprang. Primitiv-oberflächliche Kommentatoren der späten Fünfziger- und der frühen Sechzigerjahre haben diesen Aspekt der Programme in Deutschland und Österreich als taktisches Manöver in Kirchenfragen bezeichnet. Ich glaube, es gilt gerade heute wieder festzustellen, daß die Offenheit der Sozialdemokratie gegenüber allen Weltanschauungen und Glaubensbekenntnissen grundsätzlicher und eindeutiger Art ist. In keinem anderen Programm ist es so klar ausgesprochen wie gerade im Godesberger Programm, daß über Glaubensentscheidungen weder eine politische Partei, noch der Staat, das heißt keine Behörde, kein Parlament, aber auch kein Parteitag und keine Partei-

versammlung entscheiden können und entscheiden sollen.

Ein Wort zur historischen Klarstellung mag angebracht sein: Dr. Karl Renner, der große österreichische Sozialdemokrat und zweimalige Staatskanzler nach den Katastrophen des Krieges, sagte bereits am 30. Juni 1908 im Österreichischen Reichsrat: „In religiöse Fragen läßt sich ein Sozialdemokrat grundsätzlich nicht ein. Etwas anderes aber ist es, wenn fort und fort die Religion aus dem Gotteshaus herübergetragen wird ins Wirtshaus.“ Er sagte weiter: „Und nichts kennzeichnet deutlicher, wer und was an der Entfremdung zwischen Kirche und Sozialdemokratie an den Anfängen schuld war: Wenn man uns immer und immer wieder Jesus Christus, den Zimmermannssohn als Hindernis hinstellt für die Emanzipation des Proletariats, dann muß der Glaube im Proletariat erlöschen.“

Zum Wohle des inneren Friedens in Österreich hat sich seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die römisch-katholische Kirche jeder parteipolitischen Stellungnahme enthalten und bisher allen Versuchen der konservativen Partei, der Österreichischen Volkspartei, sie zu einer Parteieinnahme zu bewegen, widerstanden. Der Weg zur gegenseitigen Achtung, Toleranz, ja Respekt hat lange gedauert, aber war erfolgreich. Die im Programm enthaltene Forderung an die Anhänger der Sozialdemokratie, die eigenen persönlichen Vorteile hintanzustellen gegenüber der Verpflichtung, den wirtschaftlich schwächeren oder sozial bedrängten Menschen zu helfen, macht die Sozialdemokratie zur Gesinnungsgemeinschaft, aber nicht zum Konkurrenten einer Religion.

Drittens: Unterstreichen will ich den ersten Satz des Programms: „Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann.“ Dieser Satz ist eine klare Aussage zu der immer von neuem diskutierten Frage der Freiheit in der demokratischen Gesellschaft. Gerade, weil uns viele, die sich noch dazu links nennen, einreden wollen, die Freiheit müsse schrankenlos sein, will ich dazu Stellung nehmen.

Dr. Karl Renner schrieb schon am 12. November 1915: „Will man Anarchie und Demokratie nicht verwechseln, so muß man den Begriff politischer Freiheit schärfer fassen, als das gemeinlich geschieht. Die Demokratie will eine Menschenvielfalt zu einer handelnden Einheit verbinden. Auf die Verbindung und nicht auf den einzelnen kommt es an. So ist Demokratie das Gegenteil von Anarchie und das souveräne Individuum ist weder ihr Ziel noch ihr Mittel. Der Inhalt der Demokratie betrifft die Bindung des Individuums, nicht dessen Bindungslosigkeit. Nicht das anarchische Nebeneinander souveräner Individuen, sondern die demokratische Organisation ist das Ideal der Demokratie.“

Die extremen Kritiker unserer Tätigkeit meinen, man müsse, ehe man zu Reformen schreite, zuerst alle bestehenden Institutionen zerstören. Man müsse die Menschen völlig umkrepeln in ihrem Denken, in ihren Gefühls- und Verhaltensweisen und könne dann mit neuen Menschen

auf einer Art tabula rasa eine neue, heile Welt aufbauen. Vielleicht gibt es Illusionisten darunter, die dies wirklich glauben. Wir sagen aus Erfahrung: immer dann, wenn einer in der Geschichte der Menschheit gekommen ist und gesagt hat: „Laßt uns alles niederreißen, um dann eine schöne neue Welt zu bauen“, dann ist es meistens beim Niederreißen geblieben — und andere mußten dann aus Trümmern wieder neu beginnen.

Ja, man wirft uns vor, wir begnügten uns mit „systemimmanenten Reformen“, „Systemretuschen“, „Institutionenkosmetik“ und wie derlei schreckliche Ausdrücke alle heißen. Wir in Österreich bekennen uns dazu, daß wir das in Österreich bestehende System der parlamentarischen Demokratie, daß wir die Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie, die Ansätze zur kulturellen Demokratie verstärken wollen. Wir glauben nicht, daß es für Gesellschaftsreform und Demokratiereform eine Wunderwaffe gibt, die alle Probleme löst. Das System der parlamentarischen Demokratie und ihrer Einrichtungen ist ausbaufähig und an die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung anpassungsfähig. Ein gleiches gilt jedenfalls nicht in gleicher Weise für die anderen denkmöglichen Modelle für die Willensbildung und den Entscheidungsmechanismus. Seit Lenin im Sommer 1917 das klassische Werk über das Räteregime, Staat und Revolution geschrieben hat, wurde kein neues grundsätzliches Argument produziert, das den Anhängern dieses Systems erlauben würde, das offenkundige Scheitern des Räteregimes gegenüber der gesellschaftlichen Wirklichkeit zu erklären, ohne gleichzeitig den Boden ihres Systems zu verlassen.

Man soll bei diesem Anlaß auch deutlich aussprechen, daß die Demokratie als die einzige dem Menschen adäquate tolerante und humane Regierungsform wehrhaft sein muß, wenn jemand glaubt, seine allein selig machenden Ideen mit Gewalt und Terror durchsetzen zu müssen. Ich weiß nicht, was für mich erschreckender ist bei diesen Aposteln der Gewalt: die brutale Gewalt selbst, oder der ungeheure geistige Hochmut von Menschen, die so fest an den Besitz der allein selig machenden Wahrheit glauben, daß dadurch allein alles erlaubt wird.

Jedenfalls: wir haben in unseren Ländern die Zeit erlebt, in der die Demokratie zuerst verhöhnt wurde und dann zugrunde ging, weil sie in ihrer Toleranz zu schwach war, den Feinden der Demokratie die Stirn zu bieten. Wir sagen eindeutig: der Boden der Demokratie ist für alle jene da, die die Demokratie grundsätzlich akzeptieren — den anderen gilt es zu zeigen, daß im Interesse der Menschen auch die demokratische Regierungsform sich selbst verteidigen kann.

Viertens: War das, was ich soeben sagte, eine Absage an die Jugend? — eine Absage an die Jugend, die, enttäuscht von den ausschließlich materiellen Zielen der Konsumgesellschaft, verängstigt durch die Schreckensmeldungen von Krieg und Brutalität aus aller Welt, verunsichert durch die tägliche Fülle unverdauter Informationen, an ihre Eltern die Frage stellt: was ist das für eine Welt, die ihr geschaffen habt, in die ihr uns hineingeboren habt?

Dazu sagen wir: Wir sollen als Sozialdemokraten froh und stolz sein, daß wir eine

kritische Jugend haben, die nichts als selbstverständlich hinnimmt, nur weil es immer schon so war. Wir sollen stolz darauf sein, wenn wir schon dank der Fortentwicklung des Schulsystems die bestgebildeten und dank der Informationsexplosion durch die Kommunikationsmedien die bestinformierten jungen Menschen haben, die es niemals gab, daß sie sich weigern, Autorität und Entscheidungen einfach hinzunehmen, ohne sie nach ihrer Rechtfertigung zu befragen.

Wir haben in Österreich gute Erfahrungen damit gemacht, mit der Jugend ernst, aber auch hart zu diskutieren — vor ihren Ideen und Forderungen nicht einfach abzdanken (Denn wenn ein geringes Lebensalter richtigerweise kein Beweis für Unreife der Gedanken ist, dann ist ein höheres Lebensalter auch kein Beweis für Senilität oder konservative Gesinnung). Wir nehmen allerdings die Jugend ernst und treten in den Streit der Gedanken ein.

Wir versuchen allerdings, mit der gesamten Jugend zu sprechen, nicht nur mit jenem Teil, der die Fachsprache der Soziologen und Politologen beherrscht. Das Mitentscheidungsrecht darf nicht auf eine Schicht von Kennern einiger hundert Fachausdrücke beschränkt werden, sondern muß jedem offenstehen, der als politisch mündiger Mensch in der Demokratie mitentscheiden will.

Wir wollen aber auch vermeiden, in einer Überreaktion gegen Gewaltakte einiger weniger die gesamte Jugend von uns zu stoßen.

Jeder, der Macht ausübt — besonders ein Sozialdemokrat — muß das dauernde

Infragestellen seiner Entscheidungen, die dauernde geistige Herausforderung akzeptieren und begrüßen.

Fünftens: Man fragt uns oft, ob wir nicht endlich unsere Ablehnung des Kommunismus angesichts der Entspannungspolitik aus den Programmen streichen wollen. Auch hier einige eindeutige Feststellungen: wir begrüßen die Entspannungspolitik und haben mit Freude und Begeisterung als sinnfälligen Ausdruck der großen Leistung Willy Brandts für den Frieden in Europa die Zuerkennung des Friedensnobelpreises begrüßt.

Wir sind der Meinung, daß es ein historisches Ereignis ist, wenn im Herzen Europas echter Friede einkehrt anstelle des Zustandes des waffenstarrten kalten Krieges.

Wir begrüßen den Schritt von der Koexistenz zur Kooperation auf den Gebieten der Wirtschaft, der Kultur, des Tourismus und anderen Bereichen.

Das, und die Bereitschaft zu korrekten, wenn möglich freundschaftlichen Beziehungen zu den Staaten und besonders Völkern des Ostens haben überhaupt nichts zu tun mit unserer nach wie vor bestehenden eindeutigen geistigen Ablehnung des Kommunismus als einer Regierungsform, die der menschlichen Persönlichkeit widerspricht.

Wir wollen nicht übersehen, daß sich in den Staaten des Ostens Diskussionen entwickeln, geistige Strömungen entfalten, daß auch die geistige Welt in den kommunistischen Ländern in Bewegung geraten ist. Wir können nicht durch Parteibeschlüsse

feststellen, ob die Konvergenztheorie stimmt oder nicht, das wird vielleicht in 100 Jahren von den Geschichtsschreibern festgestellt werden. Wir wollen nur sagen, daß wirtschaftliche und kulturelle Kooperation kein Anlaß für Sozialdemokraten sind, um eine geistige Bücherverbrennung vorzunehmen.

Wir haben die Herausforderung angenommen, vor der Geschichte zu beweisen, welche Regierungsform den Menschen adäquater ist und der Menschheit besser dient. Wir waren nie der Meinung, daß der Preis von Ford-Autos und Kühlmaschinen ein Beweis für die geistige Überlegenheit des westlichen Systems darstellt.

Das geistige Ringen, unterstützt durch die praktischen Beweise in den sozialdemokratisch regierten Staaten, Ländern und Gemeinden, geht unvermindert weiter und wird von der Geschichte entschieden werden.

Sechstens: Gerade angesichts der gestiegenen Rohstoffpreise, der Ölkrise und Kupferkrise, und was es sonst noch an Krisen geben mag, ziemt sich die Feststellung, daß das Prinzip der Solidarität nicht nur gegenüber Mitbürgern in der eigenen Nation, sondern auch gegenüber Völkern im Weltmaßstab praktisch zu beweisen ist. Wenn man am Rande des Hungers lebenden Völkern ohne Industrie und Infrastruktur von einer zentralbeheizten Redaktionsstube eines Hochhauses aus einzureden versucht, die mögen doch auf die entsetzlichen Nachteile der Industrialisierung verzichten, dann ähnelt es dem Verhalten der Fabrikanten der Jahrhundertwende, die von der Last des Reichtums sprachen und den Armen versprachen, daß sie dafür früher in den Himmel kämen.

Um eine Analogie vorzutragen: gegenüber Einzelpersonen gibt es zwei alternative Beispiele für die Vorgangsweise: einerseits die Bauernaustreibung durch den Manchester-Liberalismus, andererseits die Agrarmarktordnung der EWG.

Wenn wir grundsätzlich zur Kenntnis nehmen, daß man weder ganze Berufsstände noch — nunmehr in die heutige Zeit übertragen — die Rohstoffländer einfach abschaffen kann, werden wir aus grundsätzlichen ethischen und moralischen Überlegungen unsere Bauernstände durch eine Marktordnung vor dem Verschwinden bewahren, dann wird das Problem der Entwicklungs- und Rohstoffländer weder durch Hilfeleistungen noch durch moralische Appelle, genügsam zu sein, gelöst werden können, sondern nur durch eine Rohstoffordnung im Weltmaßstab, wie sie etwa der Agrarmarktordnung in den europäischen Ländern entspricht.

Vieles, liebe Freunde, gäbe es noch zu sagen — und das waren einige kurze Gedanken.

15 Jahre sind eine kurze Zeitspanne in der Geschichte des Sozialismus. Ideen haben die Grundsätze des demokratischen Sozialismus geformt — Programme haben sie artikuliert, in Österreich von Hainfeld bis Wien, in Deutschland von Eisenach über Erfurt bis Godesberg. Menschen haben jeweils die Programme verfaßt, Menschen ihrer Zeit, geprägt von den Problemen, Wünschen, Forderungen und Sehnsüchten ihrer Zeit.

Was können wir heute, 15 Jahre nach Bad Godesberg, 16 Jahre nach dem Programm

von Wien, 105 Jahre nach dem Programm von Eisenach, 5/4 Jahrhunderte nach dem Erscheinen der ersten Schriften von Karl Marx Gemeinsames, Verbindendes und Bleibendes feststellen über alle Probleme des Tages hinweg?

Das allen Programmen über Zeit und geographische Grenzen hinweg Verbindende sehe ich so: Die sozialdemokratische Bewegung ist weder ein theoretischer Diskutierklub, noch einfach eine organisierte Personengruppe. Die sozialdemokratische Bewegung ist und bleibt die Verbindung der großen, demokratisch-humanitären Idee unseres Jahrhunderts mit zehntausenden, hunderttausenden, ja Millionen Menschen, die diese Idee zu Ihrer Überzeugung, ja zum Leitmotiv ihres Handelns gemacht haben.

Weder die Idee allein, noch die Personen allein, sondern diese Kombination macht die Sozialdemokratie über Tagesrückschläge und Widrigkeiten hinweg, zu jener Idee, die geeignet ist, das zu verwirklichen, was im Vorentwurf zum österreichischen Parteiprogramm stand: Es wird ein Geschlecht erwachsen, frei von Furcht und Not, in Wohlstand und Sicherheit, aufrecht und selbstbewußt, aufgeschlossen den Künsten und Wissenschaften, das eigene Geschick in demokratischer Selbstverantwortung formend.

Ein Programm für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden

Henri Fayat

Mitglied des Vorstandes
der Sozialistischen Partei Belgiens

Es freut mich sehr an dieser Veranstaltung zur Erinnerung an die vor 15 Jahren — in dieser selben Stadthalle — erfolgte Verabschiedung ihres Bad Godesberger Grundsatzprogramms teilzunehmen.

Vor 20 Jahren — im Juli 1954 — war ich durch die Belgische Sozialistische Partei — als Mitglied unseres Parteivorstandes — auf ihrem Berliner Parteitag, wo Ihr Dortmunder Aktionsprogramm erweitert wurde, delegiert worden.

Durch die Arbeiterjugend — und die sozialistische Studentenbewegung war ich in den zwanziger und im Anfang der dreißiger Jahre mit vielen deutschen sozialdemokratischen Freunden verbunden. Nach dem Kriege gaben die Europäische parlamentarische und andere Versammlungen Anlaß zu vielen Kontakten.

Wenn man die Reihe der Programme der deutschen Sozialdemokratie, seit dem Leipziger Programm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, anno 1863, nachprüft, ist es auffallend, wie stark der Faden der sozialdemokratischen Tradition durch die Geschichte des deutschen Volkes seit mehr als hundert Jahren läuft. „Programme der SPD“, hat Erich Ollenhauer einmal erklärt, sind für die Sozialdemokratie „auch ein Spiegel ihrer Geschichte“.

Der zweite Weltkrieg war für die meisten Sozialdemokratischen Parteien Europas eine Zeit der Unterdrückung. Die Nachkriegszeit brachte die ungeheure Entfaltung der zweiten industriellen Revolution.

Daher der Wunsch — in den wiedererstandenen Sozialdemokratischen Parteien

— ihre Programme mit der neuen Lage in Einklang zu bringen.

Das war nicht nur bei Ihnen der Fall, sondern auch in Österreich, in der Schweiz, in den Niederlanden, in Frankreich, in Großbritannien.

In einer etwas verspäteten Demonstration wird die Belgische Sozialistische Partei, ihr Programm an ihrem Parteitag von morgen und übermorgen neu formulieren. Wir sind die letzten in der Reihe, aber wie Sie wissen, sagt man uns Belgiern nach, wir seien mehr für die praktischen Dinge eingestellt.

In ihrer historischen Reihenfolge und in ihrer geographischen Streuung, haben die Programme der Sozialdemokratischen Parteien wesentliche gemeinsame Züge und — selbstverständlich auch — lokale oder zeitgebundene Bestandteile.

Die Erklärung der Sozialistischen Internationale, 1951 in Frankfurt am Main beschlossen, ist ein guter Leitfaden für einen Vergleich der verschiedenen sozialistischen Parteiprogramme untereinander.

Daß die Internationale sich zu diesem Schritt in Frankfurt traf, ist wiederum eine dieser unerwarteten Zufälle der Geschichte.

Frankfurt, viele Jahrhunderte kaiserliche Wahlhauptstadt des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation!

Frankfurt, parlamentarische Hauptstadt beim ersten demokratischen Versuch zur Deutschen Einheit!

Frankfurt, Programmhauptstadt der Sozialistischen Internationale!

In der Erklärung der Sozialistischen Internationale 1951, in ihrem Grundsatzprogramm 1959 und übermorgen in der neuen Erklärung der Belgischen Sozialistischen Partei findet man dieselben Hauptthemen: Politische Demokratie, Wirtschaftliche Ordnung, Sozialer Fortschritt, Kulturelle Entwicklung und die Internationale Gemeinschaft.

Die drei Grundsätze sind: Freiheit, Gleichberechtigung und Frieden.

Am tiefsten und allgemeinsten ist vielleicht das Bekenntnis zur Demokratie, zur individuellen Freiheit.

In ihrem Bad Godesberger Programm heißt es, in drei Sätzen:

— „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes.“

— „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Demokratie, in der die Staatsgewalt vom Volke ausgeht.“

— „Sozialismus wird nur durch die Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.“

In diesem letzten Satz finden wir den leitenden Gedanken für die Wirtschaftsordnung, denn, so heißt es:

„In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, Soziale Sicherheit und persönliche Freiheit gefährdet.“

Es wird weiter klargestellt, daß die Großwirtschaft einen Einfluß auf Staat und Politik gewinnt, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist, daß die Großwirtschaft Staatsgewalt usurpiert.

Das Grundsatzprogramm erklärt deutlich: „Die Bändigung der Macht der Großwirtschaft ist darum zentrale Aufgabe einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik.“ (Ende Zitat)

Sogar die freie Marktwirtschaft kann von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung gewährleisten.

Daher konstatiert das Grundsatzprogramm: eine Politik des allgemeinen Wohlstandes bedarf nicht nur der schon bedeutenden Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat, sondern auch einer allgemeinen Wirtschaftsplanung mittels demokratischer Methoden.

Diese Gedanken entsprechen der Sorge um die Sicherstellung der Freiheit und des gerechten Wohlstandes, dem herrschenden kapitalistischen System gegenüber.

Wenn es andererseits auf die Zielsetzung für eine neue, sozialistische Wirtschaftsordnung ankommt, dann beschäftigt sich das Grundsatzprogramm nachdrücklich, beschäftigen sich die anderen sozialdemokratischen Parteiprogramme immer wieder und ebenso ernsthaft mit der Forderung der Freiheit.

„Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist

Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig“ sagt das Bad Godesberger Programm. Aber, so heißt es weiter: „Jede Zusammenballung wirtschaftlicher Macht, auch die in Staatshand, birgt Gefahren in sich. Deshalb soll das Gemeineigentum nach den Grundsätzen der Selbstverwaltung und der Dezentralisierung geordnet werden. . . . Nicht durch zentrale Bürokratie, sondern durch verantwortungsbewußtes Zusammenwirken aller Beteiligten wird der Gemeinschaft am besten gedient.“

Daher heißt es auch: „Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft muß sichergestellt werden.“

Zusammenfassend sagt die Frankfurter Erklärung der Sozialistischen Internationale zu diesem Thema:

„Der Sozialismus will das kapitalistische System überwinden durch eine Wirtschaftsordnung, in der das Interesse der Gemeinschaft über dem Profitinteresse steht . . . Das Hauptmotiv des Kapitalismus ist der persönliche Profit, das des Sozialismus die Befriedigung der menschlichen Lebensbedürfnisse . . . Die Sozialisten erstreben mit demokratischen Mitteln eine neue Gesellschaft in Freiheit.“ (Ende Zitat)

Weder ihr Grundsatzprogramm noch die Erklärung der Sozialistischen Internationale erstreben unbedingt eine totale Sozialisierung der Produktionsmittel.

Dazu kann auch die Frankfurter Erklärung als eine Zusammenfassung ihres Grundsatzprogramms zitiert werden:

„Sozialistische Planung erfordert nicht die Kollektivierung aller Produktionsmittel; sie ist vereinbar mit der Existenz von Privateigentum auf wichtigen Gebieten, so zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Kleinhandel und in der Klein- und Mittelindustrie. Der Staat muß privatkapitalistische Eigentümer hindern, ihre Macht zu mißbrauchen. Er kann und soll ihnen helfen, zur Steigerung der Produktion und zur Vermehrung des Volkswohlstandes im Rahmen der Gesamtplanung beizutragen.“ (Ende Zitat)

Die Zeitgebundenheit des Grundsatzprogramms 1959 ergibt sich daraus, daß gewisse Entwicklungen der letzten 15 Jahre selbstverständlich nicht erwähnt werden konnten.

Die multinationalen Unternehmen haben sich kürzlich schnell entwickelt. Sie ermöglichen es, daß die Großwirtschaft ihre Macht über die nationalen Grenzen hinaus entfaltet.

Weil anerkannt wurde, daß die multinationalen Unternehmen eine technisch fortschrittliche Erscheinung sind, muß doch ihre Macht gebändigt werden. Aber dazu reichen nationale Mittel nicht aus. Internationales Zusammenwirken ist erforderlich, um zu einer tatsächlichen Bändigung der multinationalen Unternehmen zu gelangen.

Drei andere Probleme stehen nun auch mehr im Vordergrund als vor 15 Jahren.

— Der Umweltschutz wegen der Gefährdung der Wasser- und Luftqualität



durch eine ungebändigte industrielle Produktion.

— Die Bedrohungen für die Zukunft und der eventuelle Mangel an Rohstoffen die sich aus einer unbeschränkten Produktion von nicht immer notwendigen oder nützlichen Konsumartikeln ergeben können, eine Produktion die unablässig durch eine verantwortungslose Publizität weitergetrieben wird.

— Die Möglichkeit, daß der stetige Wirtschaftsaufschwung der letzten dreißig Jahre jetzt aufhören könnte.

Aber diese neuen Entwicklungen ändern nichts an der Gültigkeit der Prinzipien und der Richtlinien des Grundsatzprogramms.

Dasselbe kann zum Kapitel über die internationale Gemeinschaft gesagt werden.

Das Grundsatzprogramm erklärt: „Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.“

Selbstverständlich wendet sich das Grundsatzprogramm auch zum Problem der deutschen Einheit, die die SPD in Frieden und Freiheit erstrebt.

Frieden und Freiheit stehen für Sozialdemokraten im Einklang.

Der Frieden ist noch immer bedroht durch das Fortbestehen von Diktaturen und von „in Waffen starrenden Machtblöcken, die Völker mehr von einander trennen als je zuvor“, durch die Armut und wirtschaftliche

Unterentwicklung, in welchen mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.

Das Grundsatzprogramm konstatiert, „daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er die internationale Rechtsordnung stärkt, das Mißtrauen zwischen den Völkern mindert und das Wettrüsten verhindert“.

Nach der Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die Vereinten Nationen, ist die SPD besser im Stande gesetzt zur Stärkung der internationalen Rechtsordnung beizutragen.

Durch die Ostpolitik des Bundeskanzlers Willy Brandt hat die SPD den größten Beitrag zur Beseitigung des Mißtrauens zwischen den Völkern West- und Osteuropas geleistet.

In der Erklärung der Sozialistischen Internationale steht es ebenso eindeutig:

„Der demokratische Sozialismus sieht in der Bewahrung des Weltfriedens die brennendste Aufgabe unserer Zeit. Der Kampf für die Erhaltung des Friedens ist untrennbar verknüpft mit dem Kampf für die Freiheit. In der Bedrohung oder der Vergewaltigung der Völker haben die Kriegsgefahren unserer Zeit ihren unmittelbaren Grund.“

In allen Programmen der Sozialdemokratie ist der Friedenswunsch leidenschaftlich formuliert und wird die Hoffnung auf die Überwindung der entgegengesetzten Machtblöcke, auf die Abrüstung, auf ein System der kollektiven Sicherheit und auf eine internationale Rechtsordnung gesetzt.

Die Vereinten Nationen sollen eine Weltorganisation werden, die den Weltfrieden garantiert.

Aber wir wissen, wie lange der Weg zu einer solchen wirkungsvollen Weltordnung ist.

Inzwischen können wir nicht vergessen, daß die Charta der Vereinten Nationen selbst in Artikel 51 erklärt: „Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung“ und in Artikel 52: „Diese Charta schließt das Bestehen regionaler Abmachungen und Einrichtungen zur Behandlung derjenigen, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betreffenden, Angelegenheiten nicht aus . . .“ (Ende Zitat)

Alle sozialistischen Parteiprogramme bekennen sich zu den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und dazu gehört unwiderlegbar das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung.

Die Labourregierung — die doch als eine linkssozialistische Regierung anerkannt wird — hat am 29. Oktober dieses Jahres im Parlament zu Westminster unumwunden erklärt, daß sie die Erhaltung des Nato-Bündnisses als ein Instrument der internationalen Entspannung und als ein Instrument der Verteidigung voll unterstützt.

Bevor es zu einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa kam hat schon das Bad Godesberger Programm ein neues regionales Sicherheits-

system in Europa als Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen für wünschenswert gehalten.

Zum Thema der Europäischen Einheit sagt das Grundsatzprogramm, daß die wirtschaftliche Entwicklung zur Zusammenarbeit der Europäischen Staaten drängt, aber fügt hier hinzu, daß regional begrenzte übernationale Gemeinschaften nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen dürfen.

Obwohl diese Formulierung gewiß vortrefflich ist, ergibt sich aus diesem Paragraph eine kaum verhüllte Zurückhaltung.

Wenn das Grundsatzprogramm heute zur Verabschiedung vorläge, dann würde vielleicht mehr und mehr Positives über die Notwendigkeit die Europäischen Gemeinschaften zu einer Europäischen Union auszubauen gesagt werden, und würde auch die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Aktion auf der Ebene dieser Europäischen Union betont werden.

„Das gleiche Lebensrecht der Menschen“, wird im Kapitel des Grundsatzprogramms über Sozialpolitik vortrefflich auseinandergesetzt.

Aus demselben Grund, Solidarität zu zeigen wird betont, daß die Entwicklungsländer auf großzügige und uneigennützig Hilfe Anspruch haben.

In der Frankfurter Erklärung finden wir zu diesem Thema ein Wiederhall der Charta in Philadelphia, die 1944 durch die inter-

nationale Arbeitsorganisation angenommen wurde: „Armut in einem Teil der Welt ist eine Bedrohung des Wohlstandes in dem anderen.“

Und das Grundsatzprogramm erwidert: „Solange nicht der Weltreichtum neu verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert ist, bleibt die demokratische Entwicklung gefährdet und der Friede bedroht.“

Auf ihrem Parteitag im November 1959 hat Willy Brandt vorausgesagt, daß die SPD, mit ihrem neuen Grundsatzprogramm in der Lage sein wird, das Vertrauen des Volkes zu gewinnen und die Führung der Bundesregierung zu übernehmen. Er war ein guter Prophet.

Das Bad Godesberger Programm hat Ihrer Partei, in der Tat, einen überwiegenden Einfluß in der Politik Ihres Landes besorgt und tatsächlich dazu beigetragen, die Demokratie in der Bundesrepublik zu festigen.

Was hier vor 15 Jahren beschlossen wurde, ist aber viel mehr als nur ein nützliches politisches Dokument und auch viel mehr als ein rein redaktionell sehr erhabenes Dokument.

Das Grundsatzprogramm entspricht den tiefsten Wünschen aller Sozialisten für eine neue Gesellschaft in Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden.

Eine Gesellschaft, wo alle Menschen frei von Not und Furcht in Menschenwürde leben können, eine Gesellschaft geformt von freien Menschen für die Sicherung des allgemeinen Wohlstandes.

Herausgeber: Vorstand der SPD,
Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Bonn
Gestaltung: ARE, Düsseldorf
Druck: Vorwärts-Druck, Bonn-Bad Godesberg
1-75 — A 1 — 50

SPD
Sozialdemokraten

Zum Auftrag des Godesberger Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Schlussreden am 15. November 1959 in Bad Godesberg, Stadttheater



C78